



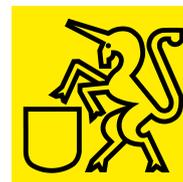
## 17. Sitzung des Gemeinderates - Doppelsitzung

Datum, Zeit	Montag, 3. Dezember 2012, 19:00 Uhr bis 22:20 Uhr
Ort	Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Stefanie Huber (GEU), Gemeinderatspräsidentin
Anwesend	37 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Marcel Berli Daniel Griesser Andreas Sturzenegger
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Jacqueline Hofer: Bereich SVP Benedikt Stockmann: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Rolf Biggel: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

---

### Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 16. Sitzung vom 5. November 2012
3. Postulat Dominic Müller (CVP) "Überprüfung der exekutiven Milizämter" / Beantwortung  
GR Geschäft Nr. 133/2012
4. Postulat Theo Johner (BDP/EVP) "Optimierte Strassenbeleuchtung / Beantwortung  
GR Geschäft Nr.155/2012
5. Postulat Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne) "Zwischennutzung Leepünt-Areal" / Begründung und  
Überweisung  
GR Geschäft Nr. 182/2012
6. Untere Geerenstrasse (139) Abschnitt Wilstrasse bis Geerenbach  
Sanierung und Neugestaltung Strasse und Sanierung des Kanalisationsanlagen  
Projektgenehmigung, Kreditbewilligung  
GR Geschäft-Nr. 172/2012
7. Voranschlag 2013 / Genehmigung  
GR Geschäft-Nr. 164/2012



## 1. Mitteilungen

---

### Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum. Sie orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

An dieser Sitzung wird das Züri Plus für das WebTV von Dübendorf einige Impressionen filmen. Einzelne Aussagen werden dabei nicht aufgenommen.

Stimmzähler Andreas Sturzenegger hat sich für die heutige Sitzung abgemeldet. Stefanie Huber schlägt Rolf Biggel als Ersatz vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt und stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben. Eine Doppelsitzung wurde nicht angekündigt, eine allenfalls nötige Verlängerung der Sitzungsdauer wird stillschweigend genehmigt.

Stefanie Huber bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern, Stadträten und den anwesenden Verwaltungsmitarbeitenden für das geleistete im vergangenen Jahr mit einem Chlaussäckli der Alfried-Stiftung.

### *Neue Geschäfte seit 5. November 2012*

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat keine neuen Sachgeschäfte überwiesen. Folgende neue politische Vorstösse sind beim Ratsbüro eingegangen:

- Postulat Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne) betreffend „Zwischennutzung Leepünt-Areal“
- Schriftliche Anfrage Thomas Maier (GEU/glp) betreffend „Unnötige Hindernisse für Solarstromanlagen in Dübendorf“

### Fraktions- und persönliche Erklärungen

Keine

## 2. Protokollgenehmigung der 16. Sitzung vom 5. November 2012

---

Zum Protokoll der Sitzung vom 5. November 2012 sind bei der Gemeinderatspräsidentin keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

## 3. Postulat Dominic Müller (CVP) "Überprüfung der exekutiven Milizämter" , Beantwortung GR Geschäft Nr. 133/2012

---

### Antrag Stadtrat

Der Stadtrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

### *Dominic Müller (CVP)*

„Vielleicht kann sich der eine oder andere unter euch noch an den Fall des Malers erinnern, mit dem ich bei der Überweisung des Postulats begonnen habe? Sie wollen die Wohnung streichen lassen und haben nach einer detaillierten Abrechnung gefragt. Was sie kriegen ist eine pauschale Abrechnung „1x Streichen – 5'000 Franken.“ In diesem Fall hat der Maler das Prinzip nicht



verstanden. Er müsste ein sehr guter Kumpel sein, sehr gut und sehr billig streichen, damit man ihm blind vertraut und ihn nicht bei der nächstmöglichen Gelegenheit austauscht. Geschätzte Ratspräsidentin, liebe Gemeinderäte, geschätzter Stadtrat, liebes Publikum Mit der Antwort zum Postulat ist es wie mit der Abrechnung des Malers. Sie ist nicht so wie verlangt. Wir haben einen groben Überblick, die die Aufwände pro Position bleiben unklar. Das Postulat hat zum einen Fragen gestellt nach Transparenz über die Leistungen des Stadtrats. Zum anderen sollten die Möglichkeiten einer Professionalisierung beleuchtet werden. Zum politischen Thema der Professionalisierung steht einiges in der Antwort. Wir müssen aber leider davon ausgehen, dass der Stadtrat nach wie vor kein Interesse an Transparenz und offener Diskussion bzgl. seiner Leistungen hat. Das wundert prinzipiell nicht, wurde mit der Antwort aber nochmal sehr deutlich bestätigt. Aus diesem Grund muss ich im Folgenden nochmal darauf eingehen, worum es bei der Transparenzfrage ging, wie man es hätte beantworten können, bevor ich auf den Antrag auf Abschreibung eingehe. Worum ging es bei der Frage nach Transparenz? Es ging zuallererst um die Aufgaben der einzelnen Stadtratspositionen und die Aufwände dahinter. Dabei ist der Auftrag, d.h. die Liste der Aufgaben wichtig als Grundlage, um zu verstehen, was denn überhaupt alles getan werden muss. Der zentrale Punkt ist aber die Leistung, die es für die Aufgaben braucht. Die Stadtverwaltung weiss wie es geht. In letzter Zeit haben wir von Seiten der Stadtverwaltung vorbildliche Beispiele gekriegt, wenn es um die Stellenbemessung geht. Mögen Sie sich an die neu geschaffene Stelle für die Integration und die Unterstützung des GR Sekretariats erinnern? Da hatten wir eine solche Auflistung vorliegen: Aufgaben, Inhalte, geschätzte Aufwände. Ich spreche nicht von Zeiterfassung, sondern eine Schätzung bzw. Hochrechnung. Die kann man auch schon im Voraus erstellen, aber sicher ab dem Moment, wo man jeden Tag damit zu tun hat. Im Referat zur Überweisung des Postulats hatte ich als Beispiel eine Aufgabenposition genommen, die sich in der Gemeindeordnung findet: „Vorberatung und Antragstellung an den Stadtrat über Planungsgeschäfte“: Stecken dahinter alle zwei Monate eine Stunde in eine Sitzung sitzen und vielleicht vorher noch eine Stunde etwas lesen? Oder alle zwei Wochen einen Nachmittag sich tief durch Geschäfte wälzen? Im einen Fall eine Kleinigkeit, im anderen Fall zwei Wochen Arbeit pro Jahr, wenn man die Aufgabe ernst nimmt. Wenn wir sachlich diskutieren wollen, und das ist der Anspruch der CVP, wie auch der restlichen Unterzeichner des Postulats, dann braucht es diese Information zu den einzelnen Aufgaben und den geschätzten Aufwänden, um zu wissen, worüber man diskutiert. Es braucht diese Informationen wenn zur Diskussion steht, was ein Stadtrat mit welchem Pensum alles leisten muss und kann und ob es passt so wie es heute organisiert ist. Das führt mich nun als zweites zu den Antworten auf genau diese genannten Fragen betreffend Transparenz. Die erste Frage zu den Aufgaben der Stadträte ist sehr effizient aber wenig benutzerfreundlich und unvollständig beantwortet. Es wird verwiesen auf Gemeindegesetz, Gemeindeordnung und Geschäftsreglement sowie Konstituierungsbeschluss des Stadtrats. Die ersten zwei sind sehr abstrakt und generell formuliert, aber gut. Haben wir schon vorher gekannt. Das Geschäftsreglement und der Konstituierungsbeschluss, scheinen mehr zu versprechen. In der Antwort steht, dass man dort in „übersichtlicher Weise“ die detaillierten Aufgaben findet. Einziger Schönheitsfehler: Weder als Bürger noch als Gemeinderat findet man die Liste auf dem Inter- oder Extranet. Ich habe lange gesucht. Die zweite Frage der Aufwände zu den Positionen – die wichtigste und zentralste Frage, wie ich eben erläutert habe - ist nicht beantwortet und wird pauschal abgehandelt. Zuerst steht in einem lapidaren Satz – ich zitiere: „Eine Zeiterfassung des Stadtpräsidenten, der Stadträte und der Primarschulpräsidentin liegt nicht vor“. Und danach pauschal: „Der Aufwand eines Stadtrates bewegt sich im Schnitt um 40%“. Es steht in den Fragen kein einziges Wort von „Zeiterfassung“, meine Damen und Herren Und auch nicht die Fragen nach dem Schnitt sondern die Frage nach den „geschätzte Aufwände“ zu den einzelnen Aufgaben. Wenn nämlich die Aufgaben „jederzeit in übersichtlicher Weise im Geschäftsreglement nachgeschlagen werden können“ dann kann man daraus eine Liste machen. Und jeder Stadtrat setzt sich eine Stunde hin. Er geht durch seinen Kalender und überschlägt, wie viel Zeit ihn die jeweilige Aufgabe geschätzt kostet. Et voilà. So einfach wärs! Mit den vorliegenden Antworten sind aber die Fragen nicht beantwortet. Dieser Teil des Auftrags nicht erfüllt. Oder nicht verstanden. Schlimmstenfalls wollte man nicht



verstehen. Wollte seine Kreise nicht stören lassen. Jetzt habe ich mich über die ersten beiden Fragen ausgiebig ausgelassen. Wenden wir uns als letztes kurz den restlichen Fragen zu. Die Aufstellung der Gesamtkosten über die letzten Jahre haben wir gekriegt. So weit so gut. Die restlichen Fragen drehen sich dann um das Thema Professionalisierung. Sie sind beantwortet. Die Sicht des Stadtrats ist klar, die wichtigsten Aspekte sind ausgelegt. Was heisst das betreffend Abschreibung des Postulats? Postulat fordert nur eine Analyse, aber keine konkreten weiteren Schritte, die man als Aufgabe aufrechterhalten müsste. In diesem Sinn wär es erfüllt und könnte abgeschrieben werden. Wenn da nicht die absolut ungenügende Beantwortung von Frage zu den Aufwänden wäre. Und wenn diese Frage nicht die wichtigste Frage wäre. Wie kommen wir doch noch zu diesen Antworten? Umso mehr, wenn möglicherweise seitens Stadtrat kein Interesse und kein Bedürfnis nach Transparenz besteht? Wenn man es abschreibt, kommen wir nicht zu den Antworten. Und wenn man das Postulat aufrechterhält wohl auch nicht. Daher unterstützt die CVP Fraktion den Antrag des Stadtrats auf Abschreibung. Es braucht andere Wege, um zu einer modernen Informations- und Kommunikationskultur zu kommen.“

#### Stellungnahme Stadtrat

Keine.

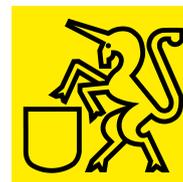
#### Allgemeine Diskussion:

##### *Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne)*

„Der Stadtrat legt in seiner Beantwortung des Postulats die verschiedenen Möglichkeiten der Behördenorganisation dar und macht auch Schätzungen über den Arbeitsanfall und die Grösse der Pensen für das Stadt-/bzw. Schulpräsidium und die übrigen Stadträte. Das ist eine gute Auslegeordnung. Mit der Schlussfolgerung des SR sind wir aber gar nicht einverstanden: Die Argumente des SR, warum bei einer Stadt wie Dübendorf mit zwischen 25'000 und 30'000 Einwohnern und einer sehr grossen Anzahl von Arbeitsplätzen noch am Milizsystem festgehalten werden soll, sind nicht schlüssig. Wo es möglich ist, sind wir auch für das Milizsystem, wie z.B. bei der Legislative. Bei der Exekutive einer so grossen Stadt wird das Milizsystem aber zu einem reinen Mythos, an dem festgehalten wird, obschon dies längst nicht mehr den Realitäten entspricht. Wenn der SR schreibt, dass das Stadt-/und Schulpräsidium etwa einer 60-Prozent-Stelle entspricht, liegt auf der Hand, dass dies nicht mehr seriös an Abenden und an Wochenenden erledigt werden kann, sondern längst zu einem Teilzeitjob geworden ist, wie der SR ja auch zugibt. Und 60% für das Amt des Stadtpräsidenten ist bereits heute wahrscheinlich eher an der Untergrenze. Und in Zukunft erst recht, wenn die Stadt und die Komplexität der Aufgaben weiter so wächst. Es wäre deshalb viel ehrlicher und auch viel transparenter, wenn Dübendorf die Lösung von Uster übernehmen würde. D.h. für den Stadtpräsidenten ein Hauptamt einführen (80%), und für das Schulpräsidium ein Teilamt von 60-80%. Wegen der richtigen Argumentation des SR betreffend "Gleichstellung" der verschiedenen Stadträte wäre es wahrscheinlich dann vernünftig, auch die anderen Stadträte teilamtlich mit 40-50% anzustellen, anstatt sie im Milizamt zu belassen. Oder die Anzahl der Stadträte von 7 auf 5 zu verkleinern bei gleichzeitiger Erhöhung der Pensen. Wir finden, dass die Schlussfolgerung des SR, alles beim alten zu belassen, nicht logisch ist und die Darstellung des heutigen Zustands nicht übereinstimmt mit dieser Schlussfolgerung. Die Transformation des heutigen Systems in ein System "Uster" mit Hauptamt und Teilämtern sollte unbedingt noch genauer abgeklärt werden. Wenn das Postulat heute abgeschrieben wird, werden wir uns in unserer Fraktion überlegen, in welcher Form wir das Thema wieder auf die Traktandenliste bringen.“

##### *Valeria Rampone (GEU/glp)*

„Die Idee einer Professionalisierung der Exekutivbehörde scheint auf den ersten Blick verlockend. Der Stadtrat hat aber in seiner Antwort auf das vorliegende Postulat klar aufgezeigt, dass eine Exekutivbehörde aus Profi-Politikern nicht das Richtige ist für Dübendorf. Gründe, die gegen eine Professionalisierung der Exekutive sprechen, gibt es einige. Zum Beispiel: Eine Anstellung in Voll-,



Haupt- oder Teilamt hätte bei gleichbleibender Arbeitsleistung höhere Kosten zur Folge. Es würde auch schwieriger, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat zu finden, weil durch eine Professionalisierung die falschen Anreize gesetzt würden: Einerseits würde eine Kandidatur viel stärker als heute durch finanzielle Überlegungen beeinflusst. Und dies ist sicher nicht erwünscht. Andererseits würde die Gefahr einer Abwahl und der daraus folgenden drohenden Arbeitslosigkeit oder der grossen Schwierigkeiten, sich nach der Zeit im Stadtrat wieder im angestammten Beruf einzugliedern, viele Kandidaturen verhindern. Das heutige Milizsystem funktioniert. Falls ein Mitglied unseres Stadtrats seinem Amt nicht die nötige Zeit widmet und den nötigen Einsatz leistet, haben wir, die Bürgerinnen und Bürger von Dübendorf alle 4 Jahre die Möglichkeit, dieses Stadtratsmitglied abzuwählen. Wir brauchen keinen Systemwechsel. Aus diesen Gründen ist die GEU/glp für Abschreibung des Postulats.“

## **Abstimmung**

Das Postulat „Überprüfung der exekutiven Milizämter“ wird mit 32 zu 0 Stimmen abgeschrieben.

## **4. Postulat Theo Johner (BDP/EVP) "Optimierte Strassenbeleuchtung" / Beantwortung GR Geschäft Nr.155/2012**

---

### Antrag Stadtrat

Der Stadtrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

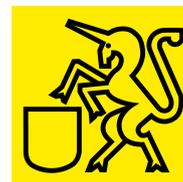
### *Theo Johner (BDP/EVP)*

„Der Bericht des Stadtrates wiederholt im Wesentlichen die schon in der Begründung des Postulates gemachten Feststellungen und beschränkt sich damit auf eine Rekapitulation des aktuellen Standes der Technik. Obwohl auch der Bericht festhält, dass neue Steuerungskonzepte mehr Energieeinsparungen bringen, als der reine Ersatz des Leuchtmittels, wird auf die Absichten des Stadtrates in diesem Bereich mit keinem Wort eingegangen. Gerade darauf und das damit zusammenhängende Spannungsfeld zwischen objektiver Sicherheit, gefühlter Sicherheit und Energieverbrauch zielte aber das Postulat ab. Forderung Postulat: "Der Stadtrat wird eingeladen, Konzepte zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen, welche die spezifischen Vorteile von Leuchtdioden zur Beleuchtung von öffentlichen Strassen und Plätzen ausnutzen“ .Schon bei der Postulatsbegründung habe ich darauf hingewiesen, dass ich kein Problem damit hätte, wenn die Frist zur Beantwortung verlängert werden müsste, die Aussage des Stadtrates, dass die Zeit zur Beantwortung des Postulates nicht für neue Konzepte ausreiche, muss somit als Ausrede angesehen werden. Zumindest hätte ich in diesem Fall erwartet, dass der Stadtrat in der Beantwortung darüber informiert, was bei den drei Strassen, die 2012 umgerüstet werden, realisiert wird. Ebenso wäre zu erwarten gewesen, dass er beantragt, das Postulat bis zum Vorliegen weiterer Erkenntnisse aufrecht zu erhalten. Leider passt somit der Bericht des Stadtrates - von einer Postulatsbeantwortung kann hier wohl kaum die Rede sein, ins Bild, welches der Stadtrat auch bei anderen Fragen, zum Beispiel Velowegkonzept, vermittelt: Man will sich nicht in die Karten blicken lassen. Es ist bedauerlich, dass man von den Absichten zu diesem Thema aus anderen Städten via Presse mehr erfährt, als der Stadtrat Dübendorf bereit ist, dem Gemeinderat mitzuteilen. Da ich aber nach wie vor gerne wissen würde, was denn der Stadtrat Dübendorf vorhat, beantrage ich Aufrechterhaltung des Postulates.“

### Stellungnahme Stadtrat

Keine.

### Allgemeine Diskussion:



*Angelika Murer Mikolasek (GEU/glp)*

„Die Antwort des SR zu diesem Postulat erweckt den Eindruck, als sei Dübendorf in punkto öffentliche Beleuchtung auf dem technisch neuesten Stand oder zumindest auf bestem Weg dazu. Würde dies zutreffen, gäbe es keinen Grund, das Postulat abzuschreiben. Im Gegenteil, in diesem Fall sollte das Postulat erst recht aufrechterhalten werden, so dass der SR die von ihm erwähnten Erfolge im Detail präsentieren kann. Die Erfahrung zeigt allerdings, dass die für die öffentliche Beleuchtung zuständige Glattwerk nicht so innovativ ist, wie der Stadtrat behauptet. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der SR seinen Einfluss bei der Glattwerk im Verwaltungsrat geltend macht und entsprechenden Druck aufsetzt. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn der SR dieser Frage das bisher zögerliche Verhalten ablegen würde, innovativ voranginge und Bereitschaft zeigen würde, auch einmal etwas mehr zu machen als nur das absolut Notwendige. Die GEU wird auf jeden Fall die entsprechenden Parameter wie den effektiven Stromverbrauch in KWh im Jahresbericht der Glattwerk und damit zusammenhängend auch die Stromkosten der öffentlichen Beleuchtung im Auge behalten. Wir fordern den SR auf, darauf hinzuwirken, dass diese Zahlen sich positiv entwickeln. Dies ganz im Sinne des Energiestadtlabels! Wir beantragen aus diesen Gründen, das Postulat solange aufrecht zu erhalten, bis die vom SR in seiner Antwort zum Postulat aufgeführten Behauptungen belegt werden. Die vom SR erwähnte Übungsanlage im Quartierplangebiet Hochbord bietet dazu eine gute Möglichkeit, über die mit der neuesten Technik gesammelten Erfahrungen Bericht zu erstatten.“

## **Abstimmung**

Das Postulat „Optimierte Strassenbeleuchtung“ wird mit 19 zu 17 Stimmen aufrechterhalten.

## **5. Postulat Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne) "Zwischennutzung Leepünt-Areal" Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 182/2012**

### Begründung Postulat:

*Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne)*

Er wolle mit dem Postulat erreichen, dass der Stadtrat eine Zwischennutzung auf dem Leepünt-Areal im Zeitraum von heute und in fünf Jahre prüfe. Das rund 14'500 m<sup>2</sup> grosse Areal liege in der Zone Öffentliche Bauten. Die Stadt habe in einer Medienmitteilung sehr detailliert über den aktuellen Stand und das weitere Geschehen informiert. Ein wichtiger Punkt sei, dass die Firma Wüst & Partner die Konzeption für die Neugestaltung des Areals übernehmen werde. Mit den Abbrucharbeiten sei bereits begonnen worden. Ab heute werde abgebrochen und der Umbau vermutlich in den nächsten fünf Jahren vorgenommen. Er führt aus, dass es Argumente gebe, die gegen sein Postulat sprächen. Je nach Lösung gehe es um Folgekosten. Diese seien jedoch je nach Lösung sehr unterschiedlich und man könne somit auch kostengünstig etwas realisieren. Ebenfalls sei der Zeitpunkt seines Postulats eigentlich auch ungünstig, denn er hätte eine spannende Zwischennutzung lieber aus den bestehenden Gebäuden heraus entwickelt. Er kenne gute Projekte in der Schweiz, wo auch alte Bausubstanz genutzt worden sei. Themen wie der Umgang mit Altlasten oder Störungen in der Nachbarschaft müssten auch gelöst werden können. Für sein Postulat spreche aber auch einiges. Er habe vor allem Bedenken, dass in den nächsten fünf Jahren auf dem Areal viele passieren könne, was man eigentlich nicht gern hätte. Bspw. könne das Probleme im Bereich Parkieren, Abfallentsorgung, Unruhen etc. hervorrufen. Er habe Angst, dass es ein Unort werde, nur weil man nichts aktiv in die Hand nehme. Er kenne es auch aus anderen Projekten, dass man aus Diskussionen um Zwischennutzungen auch gute Endlösungen positiv beeinflussen könne und sieht dies als Chance. Auch seien fünf Jahre eine lange Zeit. Er führt einige Beispiele auf, wie das Areal für diese fünf Jahre genutzt werden könne.



Aus seiner Sicht überwiegen die Chancen und auch trotz der späten Anfrage gebe es Möglichkeiten für eine gute Zwischennutzung.

## Stellungnahme Stadtrat durch Stadtpräsident Lothar Ziörjen

Er teile die Meinung des Stadtrates, welcher nicht machen wolle, was das Postulat verlange. Und zwar werden verschiedene Möglichkeiten für eine Zwischennutzung aufgezeigt. Der Stadtrat sehe vor allem die damit verbundenen Nachteile. Er fände es wichtig, dem Raum frei zu lassen, um Raum zu schaffen, um freier bzw. anders Denken zu können. Wenn man diese Chance nicht nutze, dann blockiere man sich für die Zukunftsnutzung. Die Schwierigkeit ist, dass eine über diese Zeit etablierte Zwischennutzung schwierig zu beenden sein könne. Dies könne somit auch zu einer neuen Baustelle werden. Ebenfalls ermögliche ein Freiraum auf dem Areal auch ein schnelles Handeln. Wenn der Raum mit einer Zwischennutzung blockiert sei, sei dies nicht möglich. Er sieht die Zurückführung aus der Zwischennutzung als unüberwindbares Problem für die Zukunft. Er wolle keine neuen Hindernisse für die zukünftige Nutzung des Areals schaffen. Er bitte den Rat darum, dem Postulat nicht zuzustimmen.

## Allgemeine Diskussion

### *Oliver Kost (SVP)*

„Das Leepünt-Areal ist immer wieder Thema im Gemeinderat. Die SVP Dübendorf begrüsst die stadträtliche Initiative, einen neuen Anlauf zur Neugestaltung der grossen Fläche im Zentrum Dübendorfs zu nehmen. Wir sind gespannt auf den kommenden, politischen Entscheidungsprozess, der hoffentlich diesmal nicht in einer Sackgasse endet. Auf der Grundlage einer seriösen Planung soll für kommende Generationen etwas Neues und Zweckmässiges entstehen. Mit dem Abbruch der Altliegenschaften setzt sich der Stadtrat selber einem gewissen Druck aus, auch wirklich vorwärts zu machen. Genau dieser benötigte Druck möchten nun die Postulanten dem Stadtrat nehmen. Eine Zwischennutzung für Kulturschaffende tönt ja schön, sie ist jedoch aufgrund des vorhandenen Konfliktpotentials klar zu verwerfen. Ich denke da beispielsweise an Lärmemissionen, zusätzliches Verkehrsaufkommen oder fehlende Parkplätze. Mit diesem Postulat würde der Gemeinderat auf solche Konflikte beschwören. Studien belegen weiter, dass ein zwischen genutztes Areal, auch zwingend organisatorischen und finanziellen Mehraufwand bedeutet. Auch wenn ein Vertrag zwischen den Nutzern und den Eigentümern besteht, haben die Nutzer am Ende der Zwischennutzungsperiode immer die Möglichkeit, sich gegen das geplante Vorhaben zu wehren und allenfalls rechtliche Massnahmen zu ergreifen. Die Beendigung eines solchen Vertrags kann auf Widerstand stossen. Zwischennutzer sind schwierig wieder wegzubringen. Und dies ist tendenziell schwieriger, je länger der Nutzungszeitraum war. Wollen wir wirklich auch noch derartige Erfahrungen sammeln? Ich denke: Konzentrieren wir unsere Kräfte auf eine nachhaltige Neugestaltung und lehnen das Postulat, das aus meiner Sicht in eine völlige falsche Richtung zielt, ab. Wer es mit der neuen Nutzung des Areals ernst meint, wirft zukünftigen Projekten nicht unüberlegte Knüppel zwischen die Beine. Denn die primären Merkmale einer Zwischennutzung sind die zeitliche Begrenzung und der provisorische Charakter. Die SVP-Fraktion bittet Sie, das Postulat nicht zu überweisen. Besten Dank.“

### *Patrick Angele (SP/JUSO/Grüne)*

Vor nicht langer Zeit habe der Gemeinderatsausflug nach Winterthur stattgefunden. Er sei dabei auf der Führung durch das Sulzer-Areal gewesen. Er vergleicht dieses Projekt der Stadt Winterthur mit demjenigen des Leepünt-Areals. Er stellt die Frage, was verloren gegangen wäre, wenn man in Winterthur ebenfalls „Raum zum Denken“ gebraucht hätte und alles abgerissen worden wäre. Er sei der Meinung, dass dieser Platz nicht gebraucht würde. Er findet auch, dass es Konfliktpotential berge, wenn als Zwischennutzung kein Spielplatz für Kinder entstünde, wie es seine Idee sei. Er fragt jedoch auch, ob fünf Jahre lang Brache kein Konfliktpotential sei? Die Stadt Dübendorf bleibe langweilig,



wenn man während fünf Jahren im Zentrum einen Schotterplatz habe. Er bitte darum, dem Postulat zuzustimmen.

*Thomas Maier (GEU/glp)*

Seit einiger Zeit diskutiere man über die möglichen Pläne eines für Dübendorf wohl wertvollsten Grundstücke, welches sich noch im Besitz der Stadt und noch nicht bzw. nicht mehr überbaut sei. Mit dem Leepünt habe man in den nächsten Jahren oder eher Jahrzehnten mitten im Herzen von Dübendorf ein Grundstück, welches enorme Chancen für die Entwicklung für die Stadt Dübendorf biete. Vielleicht könne man dieses auch für einen Traum nutzen. Einen Traum, wo Dübendorf ein echtes, verkehrsberuhigtes, belebtes und genutztes Zentrum schenke. Etwas, was Dübendorf in den letzten Jahrzehnten mit Kahlschlag von mehreren altherwürdigen Gebäude abhanden gekommen sei und jetzt Stück für Stück wieder Realität werden könnte. Vor ein paar Jahren sei mit dem Bau des Stadthauses ein Schritt in diese Richtung gemacht worden. Danach habe es weitere Planungsversuche und Schritte auch auf dem Leepünt-Areal gegeben. Diese fanden aber in Plenum Gemeinderat keine Mehrheit. aus diversen Gründen, die alle bestens bekannt seien, werden diese Gebäude jetzt abgerissen. Das jetzt vorliegende Postulat greife die Idee auf, die er bereits vor acht Jahren auch eingebracht habe. Man könne doch das Grundstück zu Gunsten der Dübendorfer Bevölkerung einfach und massvoll zwischennutzen. er haben damals bereits gesagt, und dieser Meinung sei er auch heute noch, dass man das Grundstück nicht heute überbauen müsse. Man habe noch Landreserven, wo vielleicht die nachfolgende Generation auch einmal froh sei, wenn sie darüber bestimmen könne, was im Herzen von Dübendorf einmal realisiert werden solle. Vor allem, wenn es kein echtes und dringendes Bedürfnis aus Seiten der Stadt Dübendorf gebe. Vielleicht brauch Dübendorf in ein paar Jahren oder auch Jahrzehnten ja doch noch einen Saal. Oder ein Schulhaus oder ein Freizeitzentrum. Er könne dies im Moment nicht beurteilen. Bis dorthin solle man aber das Arela nicht einfach brach liegen lassen. Somit werde die GEU/glp das Postulat unterstützen. Ihnen sei jedoch sehr wichtig festzuhalten, dass sie eine möglichst einfache und kostengünstige Lösung sehen. Bspw. einfach eine begehahre Wiese, mit Bänken und Spielmöglichkeiten für Kinder. Vielleicht auch eine Möglichkeit, ein Sommerkino zu veranstalten oder ähnliches. Einen Platz im Herzen von Dübendorf wo als Begegnungsraum für eine möglichst grosse Mehrheit der Bevölkerung genutzt werden könne. Er warne davon konkrete Nutzungen zu realisieren wie bspw. Gärten oder andere feste Nutzungen. Diese birgen die Gefahr von Zwischennutzen über Provisorien zu schliesslich unerwünschten Providurien zu werden. In diesem Sinne werde die GU/glp das Postulat unterstützen und bitte die Ratsmitglieder, dies auch zu machen.

*Patrick Schnider (SP/JUSO/Grüne)*

In der Diskussion habe man sehr viele Gründe gehört, wieso das Postulat nicht unterstützt werden solle. Ein Grund sei, dass die Brache dort den Freiraum schaffe, um zu denken, was man auf dem Areal machen könne. Jetzt habe man aber vom Stadtrat in den Medien gehört, dass der Stadtrat sehr genaue Vorstellungen habe, was man auf dem Gelände machen wolle. Er frage sich darum, wo und für was denn der Freiraum zum Denken noch gebraucht werde. Oder solle er die Aussage so auffassen, dass der Stadtrat doch noch nichts so sicher ist, was er auf dem Gelände machen wolle? Weiter habe man gehört, dass eine solche Zwischenlösung einer zukünftigen Nutzung im Wege stehen könnte. Aber wenn diese Zwischenlösung ganz klar als solche angelegt wird und innerhalb von fünf Jahren auch etwas kommt, dann wird die Zsichennutzung noch nicht so hohe Wellen geworfen haben. Darum habe er nicht das Gefühl, dass dies einer zukünftigen Nutzung widerspreche. Alles in allem sehe er alle möglichen Konflikte als lösbar. Darum müsse er sich fragen, ob einfach der Wille fehle oder fehle einfach der Mut in Dübendorf auch mal etwas zu wagen, was vielleicht nicht alltäglich ist. Und die logische Folgefrage sei, ob Dübendorf sich das als viertgrösste Gemeinde im Kanton Zürich diesen mangelnden Mut leisten und deshalb mitten im Zentrum eine solche Baubrache lassen. In diesem Sinne bitte er, das Postulat zu überweisen.



*Orlando Wyss (SVP)*

Er bittet dringend, das Postulat nicht zu überweisen. Die wichtigsten Gründe habe bereits Thomas Maier genannt. Denn wenn dort eine Zwischennutzung komme, dann werden genau die gleichen Befürworter versuchen zu verhindern, dass an dieser Stelle etwas Neues entstehen könne. Er erwarte vom Stadtrat eine relativ zügige Umsetzung. Es soll innert nützlicher Frist ein guter Gestaltungsplan für das Grundstück erstellt werden. Er nimmt Bezug auf das von Patrick Angele erwähnte Sulzer-Areal in Winterthur. Seiner Meinung nach könne man dies nicht vergleichen, weil die Bausubstanz in Dübendorf wesentlich schlechter sei und schlussendlich auch zum Abbruchentscheid geführt habe. Er gehe davon aus, dass der Stadtrat nun seinen Auftrag umsetze und zügig das Projekt auf die Beine stellen. Er erachte dies als sinnvoller, als wenn über längere Zeit Container auf dem Grundstück herumständen. Er bitte darum, das Postulat nicht zu überweisen.

## **Abstimmung**

Das Postulat „Zwischennutzung Leepünt-Areal“ wird mit 20 zu 15 Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

## **6. Untere Geerenstrasse, Abschnitt Wilstrasse bis Geerenbach Sanierung und Neugestaltung Strasse und Sanierung des Kanalisationsanlagen Projektgenehmigung, Kreditbewilligung GR Geschäft-Nr. 172/2012**

---

### Referat Mitglied GRPK Andrea Kennele

Die Geerenstrasse sei eine der ältesten Strasse, die als nutzungsorientierte Strasse klassierte sei. Alt, weil sie Ende des 19. Jahrhundert erstellt worden sei. Sie zitiert aus der Weisung „Die Versorgungsleitung der Genossenschaft Wasserversorgung Dübendorf in der Unteren Geerenstrasse stammt aus der Gründungszeit (1894) und ist die älteste Wasserleitung von Dübendorf“. Bei der Unteren Geerenstrasse fehlen zum Teil der Fussweg, resp. Übergänge sowie Markierungen für den Veloweg. Die Sanierung sei in Natura und auch im Antrag klar ersichtlich. Die Planaufgabe sei sehr detailliert und das Geschäft ausführlich beschrieben. Sinnvollerweise seien sowohl die gebundenen als auch die nichtgebundenen Kosten übersichtlich aufgeführt. Alle Fragen der GRPK seien verständlich und ausführlich beantwortet worden. Ebenfalls konnte die Unterkommission der GRPK die Situation vor Ort begutachten und sich selbst davon überzeugen, dass der Sanierungsbedarf gegeben ist. Das vorliegende Projekt entspreche den Minimalanforderungen für Strassen, die als nutzungsorientierte Sammelstrassen klassiert seien. In der Neugestaltung seien zwei weitere Aspekte berücksichtigt worden. Einerseits wird eine Lücke im bestehenden Velowegnetz damit geschlossen. Ebenfalls sei der aktuell bestehende Fussgängerstreifen beim Schulhaus Wil als suboptimal anzusehen. Man habe beim vorliegenden Projekt auch mit den Anwohnern diskutiert und konnte so die entsprechenden Anregungen aus der Bevölkerung mit einfließen lassen. Im Bereich des Schulhauses sei Tempo 30 eine Option. Im vorliegenden Plan sei jedoch ein Tempo 30 nicht zwingend sondern in einem weiteren Schritt vorgesehen. Heute stehe Tempo 30 also nicht zur Diskussion, könne jedoch später mit geringem Aufwand realisiert werden. Einige bauliche Massnahmen, welche ein angepasstes Tempo unterstützen, seien jedoch bereits im vorliegenden Projekt fix eingebaut. Ein weiterer Vorteil für ein angemessenes Tempo sei die Tatsache, dass die Untere Geerenstrasse ein „S“ im normalen Strassenverlauf habe. Mit der Beantwortung der Fragen an den Stadtrat seien ebenfalls verschiedene abgeklärte Varianten erwähnt worden. Interessant sei vor allem die Variante Null, die zum Tragen komme, wenn der Gemeinderat das vorliegende Geschäft ablehne. Es könnten dann nur die Kanal- und Werkleitungen ersetzt werden, da dies der gebunden Teil der Vorlage sei. In der GRPK sei man zum Schluss gekommen, dass es keinen Sinn



mache, nur den gebunden Teil zu verwirklichen. Die GRPK sei zum Schluss gekommen, dass die Unteren Geerenstrasse sanierungsbedürftig sei und das vorliegende Projekt sowohl sinnvoll als auch nötig sei. Aspekte wie Velo- und Schulweg seien berücksichtigt worden. Die Neugestaltung werde als langfristig sinnvolle Lösung eingestuft. Sei empfehle sie im Namen der GRPK die Vorlage zur Annahme.

#### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

#### Stellungnahme Stadtrat Jürgen Besmer

Er bedankt sich bei der GRPK und deren Unterkommission und auch bei den Grundeigentümern der Unteren Geerenstrasse. Diese haben das Projekt an drei Abenden mitentwickelt und bei der Optimierung geholfen. Er bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag der GRPK zu folgen

#### Allgemeine Diskussion

##### *Bruno Fenner (BDP/EVP)*

„Nach diversen Reklamationen meinerseits an den Stadtrat, freut es mich heute, kurz nach dem 1. Advent, auch einmal den Stadtrat und die Verwaltung, insbesondere Herrn Sebestin, zu loben. Wenn ich den ersten, unbrauchbaren Entwurf, mit dem heute vorliegenden Projekt vergleiche, liegen „Welten“ zwischen diesen zwei Plänen. Welten darum, weil vom heute vorliegenden Projekt die Anwohner miteinbezogen worden seien. Die Anstösser (ich durfte auch dabei sein) kennen natürlich die Situation am besten. Man ist weitgehend auf die Anliegen der Anstösser zu diesem Projekt eingegangen und konnte so – natürlich mit einigen Kompromissen, das Projekt so machen, wie es heute ist. Ich möchte jetzt nicht weiter in die Details gehen. Andrea Kennel hat uns dieses auch kompetent vorgestellt und ich möchte schon gesagtes nicht nochmals wiederholen. Es freut mich, dass wir mit dem vorliegenden Projekt ein durchgehendes Trottoir (auf der Seite vom Schulhauses Wil), vom Nüsslikreisel bis zum "Chiläweg" nach Gockhausen haben, ohne einmal die Strasse überqueren zu müssen. Der in der Weisung, stiefmütterlich abgehandelte Teil betreffend Tempo 30 Zone vor dem Schulhaus Wil ist mir aber sehr wichtig und muss bei der Realisierung unbedingt noch weiter und mit Nachdruck verfolgt werden. Siehe Konzeptplan Zone Tempo 30 der in den Akten auf. Es ist ein Muss, die zwei vorgesehenen Einengungen im Bereich zwischen Kreisel und Schulhaus Wil, zusammen mit der Sanierung zu bauen. Wenn der Stadtrat seine Legislaturziele ernst nimmt, sollte das zwar selbstverständlich sein. Aber ich bin in dieser Hinsicht ja ein bisschen ein gebranntes Kind. Kommen sie mir nicht mit der Ausrede: "Da können wir nichts machen. Das ist Sache des Kantons." In dieser Angelegenheit ist aber gerade vor 2 Wochen im Kantonsrat eine PI an den Regierungsrat überwiesen worden, die unter anderem §14 vom Strassengesetz, neu mit einem Abs. 2 ergänzen möchte. Wo unter anderem im geschlossenen Siedlungsgebiet, Zonen mit siedlungsverträglicher Gestaltung und tieferem Tempolimiten zu fördern sind. Genau hier haben wir ein Paradebeispiel wo dies absolut Sinn macht. Ich wünsche den Herren Besmer und Sebestin gutes Verhandlungsgeschick mit dem Kanton. Aber bleiben sie hart in der Sache! Die BDP / EVP Fraktion unterstützt den Kredit von 800'000 Franken und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun. Besten Dank!“

##### *Marcel Drescher (GEU/glp)*

„Das vorliegende Geschäft hat in der GEU/glp-Fraktion zu ausführlichen Diskussionen und geteilten Meinungen geführt. Ich darf es vorweg nehmen: eine Mehrheit unserer Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen, was allerdings ausdrücklich nicht heisst, dass wir das Vorgehen in allen Bereichen unterstützen. Aber der Reihe nach, das Positive zuerst - man soll ja nicht nur die Kritikpunkte erwähnen: Die untere Geerenstrasse befindet sich in einem schlechten Zustand. Eine Sanierung, sowohl des Strassenbelags, wie auch der Werk- und Wasserleitungen, ist absolut notwendig und vollkommen unbestritten. Wir begrüßen den Detaillierungsgrad der vorliegenden



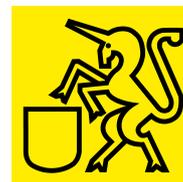
Weisung ausdrücklich - insbesondere die klare Unterteilung in gebundene Kosten und Zusatzkosten aufgrund von Erweiterungs- und Ausbaurbeiten. Die kleine bestehende Lücke des nationalen Radwegs Nr. 29 zwischen dem Schützenhaus und dem Wiler Nüsslikreisel wird geschlossen und die untere Geerenstrasse wird durch eine Verbreiterung für eine allfällige zukünftige Buslinie - in Aussicht steht da allerdings heute noch kein Projekt - busfähig gemacht. Aber genau bei dieser Verbreiterung der Strasse setzt auch der erste Kritikpunkt an: Wir können der Weisung entnehmen, dass netto 1'050m<sup>2</sup> Landfläche – nämlich Bauland, Reservezone und zum grössten Teil Landwirtschaftsfläche - für die Strassenverbreiterung/neue Strassenführung und den Radweg zusätzlich gegenüber dem heutigen Stand zuasphaltiert werden müssen. Wenn wir bei . allen Strassensanierungsprojekten derart grosszügig mit unseren Landreserven umgehen, werden wir bald auf dem Trockenen sitzen, respektive dem trockenen Asphalt sitzen. Ein weiterer grundsätzlicher positiver Aspekt des Projekts sind die vorbereitenden Massnahmen, damit zu einem späteren Zeitpunkt mit wenig Aufwand Tempo 30 auf diesem Strassenabschnitt eingeführt werden kann. Wie gesagt; grundsätzlich positiv, denn eigentlich erstaunt hier das zögernde Vorgehen des Stadtrats gleich doppelt:

1. Wurde unserem Stadtrat am 5. September 2011 eine von über 700 Dübendorferinnen und Dübendorfern unterschriebene Volksinitiative mit dem Titel "Tempo 50/30 für Dübendorf" eingereicht. Unter anderem verlangt diese Initiative die Umsetzung von Tempo 30 in siedlungsorientierten Quartieren, wann immer möglich im Gleichschritt mit stattfindenden Sanierungsarbeiten, um möglichst kostengünstig zwei Fliegen mit einer Klappe erschlagen zu können. Sanierungsarbeiten werden nun an der unteren Geerenstrasse an die Hand genommen - weshalb verpasst der Stadtrat hier nun also gleich Nägel mit Köpfen zu machen? Vielleicht in der Hoffnung, die Initiative könnte bei den Stimmbürgern keine Mehrheit finden? Und: um allfälligen Rednern nach mir das besonders beliebte Argument zu entkräften, es handle sich bei der unteren Geerenstrasse nicht um eine siedlungsorientierte Strasse: sehr wohl ist sie das, denn der Geeren und Gockhausen sind über die bestens ausgebaute und somit verkehrsorientierte Gockhauerstrasse erschlossen - es gibt somit keinen Grund . auf der Dübendorfer Seite der unteren Geerenstrasse nicht Tempo 30 signalisieren zu können.
2. Im Nachgang zur Einreichung der erwähnten Volksinitiative, startete der Stadtrat mit einer Reihe von Veranstaltungen zum Thema Verkehr in allen Quartieren Dübendorfs. Das Echo der involvierten Bevölkerung war gross, ebenso wie die Erwartungen an den Stadtrat, die dieser mit den Veranstaltungen geweckt hatte. An seiner Schlussveranstaltung zu den gemachten Quartierveranstaltungen mit Vertretern von Gewerbe und Politik, resümierten einzelne Stadträte die Ergebnisse und verkündeten, dass die Einführung von Tempo 30 um Schulhäuser und Kindergärten - auch im Sinne eines sicheren Schulwegs - angegangen werde. Mehr nicht. Aber immerhin. Nun was ist aus diesem Versprechen geworden? Das Schulhaus Will liegt an eben dieser unteren Geerenstrasse über die wir heute sprechen, aber es ist nur eine Vorbereitung für die spätere Einführung von Tempo 30 geplant worden. Weshalb dieses Zögern?

Wie eingangs bereits erwähnt stimmt die GEU/glp-Fraktion diesem Geschäft mehrheitlich zu. Einverstanden sind wir allerdings nicht mit allen Umsetzungsmassnahmen. Wir würden es ausdrücklich begrüessen und unterstützen, wenn der Stadtrat im Rahmen der voranschreitenden Sanierung auf seinen Entscheid Tempo 30 nicht unmittelbar einzuführen zurückkommen würde. Im Sinne der Sicherheit der betroffenen Schülerinnen und Schülern des Schulhaus Wil, der betroffenen Quartierbevölkerung und nicht zuletzt im Sinne seines eigenen am 20. September 2011 abgegebenen Versprechens.“

*Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)*

Er wolle eine kleine Richtigstellung machen. Der Stadtrat prüfe Tempo 30 für alle Schulhäuser. Ein entsprechender Auftrag dazu sei erteilt worden. Es könne nicht ein Schulhaus vorneweg genommen werden, sondern es werde über das Gesamte gemacht. Wenn die Ergebnisse vorliegen und man am Bauen sei, werden diese auch miteinflussen. Darum sei die Vorsehung getroffen worden.



## Abstimmung

Der Neugestaltung des Strassenraumes in der Unteren Geerenstrasse wird mit 36 zu 0 Stimmen zugestimmt.

## Beschluss

1. Der Kredit von Fr. 800'000.00 für die Neugestaltung des Strassenraumes der Unteren Geerenstrasse, Abschnitt Wilstrasse bis Geerenbach, wird genehmigt.
2. Die Kreditsumme erhöht oder ermässigt sich entsprechend der Entwicklung des Produktionskosten-Indexes (PKI) in der Zeit zwischen Kostenvoranschlag und der Bauausführung (Preisbasis 1. April 2012).
3. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug

\*\*\* Pause von 20.15 bis 20.20 Uhr \*\*\*

## 7. Voranschlag 2013 / Genehmigung GR Geschäft-Nr. 164/2012

Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) erklärt den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. In der Eintretensdebatte wird zuerst das Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Laufenden Rechnung sowie in der Investitionsrechnung keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt. Über die Abschreibungstabelle und den Bericht des Stadtrates zum Voranschlag finden keine Detailberatungen statt, da die entsprechenden Zahlen Bestandteil der Laufenden Rechnung bzw. der Investitionsrechnung sind. Nach der Detailberatung über die Laufende Rechnung und über die Investitionsrechnung findet jeweils eine Zwischenabstimmung über die bereinigte Laufende Rechnung bzw. über die bereinigte Investitionsrechnung statt. Anschliessend findet die Beratung über die Höhe des Steuerfusses statt und dessen Festlegung. In einer Schlussabstimmung wird dann gesamthaft über die Annahme bzw. Ablehnung des Voranschlages abgestimmt. Gegen dieses Vorgehen werden auf Nachfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände erhoben.

### a) Eintretensdebatte

*Referat GRPK Hans-Felix Trachsler (SVP)*

„Die Behandlung des VA13 gliedere ich wie in den Vorjahren in eine Eintretensdebatte und in eine Detailberatung. In der Eintretensdebatte kommen zur Sprache:

- Einleitende Gedanken Präsident GRPK
- Eckwerte VA13
- Laufende Rechnung
- Investitionsrechnung
- Gesamtbeurteilung VA13

### Detailberatung

Die Detailberatung umfasst:

- Anträge GRPK zu Laufenden Rechnung
- allfällige Anträge aus dem GR



- Steuerfuss
- Schlussabstimmung

## Einleitende Gedanken Präsident GRPK

Seit der Bildung des Gemeinderates Dübendorf 1974 sind die Wochen im Herbst jeweils für die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission eine intensive Zeit, so auch in diesem Jahr. Es galt, den Voranschlag der Stadt Dübendorf für das neue Jahr zu sichten, Entwicklungen zu hinterfragen, neue Tendenzen zu verstehen und die Gedanken des SR und der Verwaltung nachzuvollziehen. Wir haben die verantwortungsvolle Aufgabe mit Elan, Freude und Respekt in Angriff genommen. An zwei GRPK Sitzungen erarbeiteten wir einen umfassenden Fragekatalog, der dem SR und der Verwaltung zur Beantwortung weitergeleitet wurde. Die Antworten des SR waren in diesem Jahr von wesentlich besserer Qualität. Prägnant und präzise formuliert und klar in der Aussage, so dass sich die Zahl unserer Anschluss- und Ergänzungsfragen markant reduzierte. Der persönliche Gedankenaustausch mit einer Delegation des Stadtrates am 19. November 2012 rundete die Bearbeitung des VA13 ab. Persönlich habe ich diese Sitzung als wertvoll und wichtig empfunden. Anschliessend diskutierte die GRPK mögliche Änderungsanträge zum VA13. Die vorberatende Kommission ist im Grundsatz mit dem VA13 einverstanden und beantragt lediglich zwei Änderungen; nur ein Antrag hat betraglich bescheidene Auswirkungen auf das Gesamtergebnis. An dieser Stelle bedanke ich mich im Namen der GRPK beim SR und bei den MA der Stadtverwaltung für die grosse Arbeit rund um die Bearbeitung des VA13 und die hilfreiche Zusammenarbeit, die von Offenheit geprägt ist.

## Präsidiale Gedanken

In den vergangenen Jahren war in meinen Ausführungen zu Rechnung und Voranschlag häufig von der Tiefbauabteilung die Rede. Meistens hatte ich mahnende und kritische Worte mitzuteilen. Doch in diesem Jahr ist es eine erfreuliche Mitteilung: Die GRPK stellt bei der Analyse der VA-Daten im Tiefbaubereich eine markante Verbesserung der Arbeit fest. Die Angaben sind konsistent und plausibel. Die GRPK ermuntert den Tiefbauvorstand, diesen Pfad der VA-Erarbeitung und der Rechnungslegung fortzusetzen. Trotzdem werden wir weiterhin ein konstruktiv kritisches Auge auf diesen Bereich werfen. An der Gemeinderatssitzung vom 1. Oktober 2012 bewilligte der GR die stadträtliche Vorlage im Zusammenhang mit der Neuausrichtung von Kinderkrippe und Tagesbetreuung der Kinder. Im VA13 ist die bisherige Regelung – nämlich die Hortaufwendungen im Schulbereich – dokumentiert. Die GRPK verzichtet bewusst auf eine nachträgliche Budgetkorrektur, da die vorberatende Kommission davon ausgeht, dass die nötigen Anpassungen durch die Finanzabteilung bei der Umsetzung des GR Entscheides direkt und korrekt vorgenommen werden. Die durch den GR Entscheid bedingte Verlagerung der Aufwendungen vom Schul- in den Sozialbereich hat auf das Endergebnis keinen Einfluss. Die GRPK setzte sich auch intensiv mit dem Dübi-Award auseinander, der anfangs Februar 2013 zum ersten Mal durchgeführt werden soll. Der SR hat in eigener Kompetenz die zur Ergänzung der Sponsorengelder nötigen Mittel gesprochen. Auf den ersten Blick macht es den Anschein, dass es sich um ein sehr bedeutendes Projekt handelt, das von Sponsoren substantiell unterstützt wird. Der konkrete Nutzen lässt sich heute noch nicht beurteilen. Die GRPK geht davon aus, dass der SR nach der ersten Durchführung des neuen Anlasses eine umfassende Standortbestimmung mit Abwägung aller positiven und negativen Aspekte vornimmt, bevor der Entscheid bezüglich Durchführung in den Folgejahren getroffen wird. Der Finanzplan 2012 – 2016 ist in diesem Jahr das eigentliche Sorgenkind der GRPK. Vor Jahresfrist monierte ich die suboptimale Qualität des wichtigen Führungsinstrumentes und hob insbesondere auch hervor, dass das Dokument vom SR sehr spät verabschiedet worden ist, um eine seriöse Beurteilung durch die GRPK zu ermöglichen. Der Finanzvorstand versprach, die Zeitverhältnisse bei der Erarbeitung des nächsten Finanzplanes besser im Griff zu halten. Bei der Diskussion des Zeitplanes für die Bearbeitung des VA13 anfangs August 12 sicherte mir Finanzvorstand Martin Bäumle zu, den Finanzplan der GRPK am 4.10.12 zur Verfügung zu stellen. Aufgrund von gesundheitlichen Störungen war es erst am 26.10.12 möglich, den Finanzplan der GRPK zu zustellen. Eindeutig zu spät, um sich seriös mit dem Dokument zu beschäftigen und Fragen dem SR zu



unterbreiten. Die GRPK hat deshalb in diesem Jahr das Papier, das nicht zu verabschieden ist, unbearbeitet zur Kenntnis genommen. Eine unbefriedigende Situation, die von den involvierten Partnern kritisch zu hinterfragen ist. Aus meiner Sicht gibt es künftig zwei Möglichkeiten:

1. Der SR betrachtet den Finanzplan ausschliesslich als ein Arbeitsinstrument des SR und der GR erhält das Papier zu Informationszwecken. Eine Beurteilung durch die GRPK und eine anschliessende Diskussion mit dem SR findet nicht statt.
2. Der SR betrachtet den Finanzplan als Arbeitsinstrument des SR, ist aber an einem offenen konstruktiv-kritischen Dialog mit der GRPK interessiert. Falls diese Variante im Vordergrund stehen soll, ist die GRPK gerne bereit, den Finanzplan wie den VA konstruktiv kritisch zu beurteilen und Fragen zusammenzustellen. Dies setzt allerdings davon aus, dass das Dokument gleichzeitig mit dem VA vorliegt. Vielleicht müsste dann auch die heutige Erstellung durch den Finanzvorstand überprüft werden, um personenbezogene Abhängigkeiten zu reduzieren.

Persönlich begrüsse ich die 2. Variante, da es sich um ein wichtiges und zentrales Papier handelt, das Zukunftsaspekte im Investitionsbereich in der Mehrjahressicht systematisch beleuchtet und deshalb eine Bearbeitung und Mitwirkung des GR bzw. der GRPK sinnvoll erscheinen lässt. Die GRPK beschäftigte zusätzlich folgenden Themenkreis: Das Tiefbauamt erbringt im Bereich der Unterhaltsdienste Leistungen für die Abwasserreinigung, die bekanntlich gebührenfinanziert ist. Die interne Verrechnung wird aufgrund einer geschätzten Stundenzahl vorgenommen. Was für die Erarbeitung eines VA als zweckmässig beurteilt werden kann, ist aber für die Rechnungslegung nicht geeignet. Die GRPK hat in ihren Diskussionen mit dem SR schon mehrmals auf diesen Punkt hingewiesen. Nun wird erwartet, dass die nötigen Umstellungen in der Verwaltung mit Wirkung ab 1.1.13 auch effektiv vorgenommen werden. Eine Stundenerfassung ist in der Privatwirtschaft üblich und kann auch als gutes Führungsinstrument angesehen werden. Klar ist von einer einfachen aber effizienten Lösung die Rede. Ich bin überzeugt, dass der SR den goldigen Mittelweg zwischen einer Aufblähung des administrativen Aufwandes und einer effizienten und effektiven Umsetzung des Anliegens findet.

### Eckwerte VA13

#### Laufende Rechnung 2013

Die Laufende Rechnung 2013 sieht bei einem Aufwand von 151,5 Mio. CHF und einem Ertrag von 150,67 Mio. einen Aufwandüberschuss von 892/m CHF vor werden. Erneut steigt der Nettoaufwand um knapp 10 % auf 70,8 Mio. CHF an. Im Vergleich mit dem Vorjahr fallen besonders die Aufwandszunahme netto bei der Primarschule + 1,5 Mio. CHF, im Sozialbereich (Zusatzleistungen zur AHV/IV & Sozialleistungen über 1,1 Mio., Pflegefinanzierung 1,2 Mio.) ins Gewicht. Auch der Sachaufwand steigt um 5 % gegenüber dem Vorjahr mit 5 % wesentlich stärker als die Inflation. Tiefbau und Primarschule sind bedeutende Kostentreiber. Die Neuausrichtung der Spitalfinanzierung und der Pflegefinanzierung hat zur Konsequenz, dass die Aufwendungen, die die Stadt Dübendorf zu tragen hat auch aufgrund der demografischen Entwicklung laufend zunehmen. Die Krankenkassen haben aufgrund einer Anpassung eines eidgenössischen Gesetzes weniger an die Langzeitpflege zu entrichten. Diese Leistungsreduktion verursacht wie folgt indirekte Mehrkosten auf Stufe Gemeinde: Viele Kunden können den höheren Anteil ihrer Kosten, die sie nun selber zu tragen haben, nicht berappen, so dass daraus höhere Zusatzleistungen im Bereich AHV Ergänzungsleistungen resultieren, die auf kommunaler Stufe faktisch als gebundene Ausgabe zu betrachten sind.. Auf den 1.1.13 wird die neue Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde KESB ihre Tätigkeit aufnehmen und die bisherige Vormundschaftsbehörde ablösen. Die in diesem Zusammenhang ermittelten Aufwendungen sind mit einem grossen Unsicherheitsfaktor belastet, da Erfahrungswerte fehlen.

#### Investitionsrechnung 2013

Im neuen Jahr sind Netto-Investitionen über rund 18 Mio. vorgesehen. Ich zähle folgende grössere Vorhaben auf:



- Alterszentrum: 1,2 Mio.
- Tiefbau: 5,7 Mio. (untere Geerenstrasse, Höglerstrasse, generelle Vorhaben)
- Neubau Bauhof 2,9 Mio.
- Primarschule: 2,1 Mio.

Da die GRPK den Finanzplan aus den dargelegten Gründen in diesem Jahr nicht beurteilt hat, kann ich Sie auch nicht informieren, ob neue Investitionsprojekte in die Mehrjahresplanung aufgenommen worden sind. Bekanntlich ist die Investitionsrechnung im VA nur als grobe Orientierungshilfe gedacht, da die Projektumsetzung aus verschiedenen Gründen zeitlich häufig verzögert zur Umsetzung gelangt. Im laufenden Jahr werden beispielsweise nur rund 75 % der vorgesehenen Investitionsvorhaben auch konkret umgesetzt. Die Finanzkraft der Stadt Dübendorf verbesserte sich im Mehrjahresvergleich markant, die Schulden wurden deutlich abgebaut, so dass nun wieder Spielraum besteht, die seit langem vorgesehenen Projekte zielgerichtet zur Ausführungsreife zu entwickeln.

#### Gesamtbeurteilung VA13

Die GRPK stellte bei ihrer Arbeit fest, dass der Voranschlag 2013 gesamthaft sorgfältig erarbeitet worden ist. Die Stadt geht sinnvoll und sparsam mit den öffentlichen Mitteln um. Der Sachaufwand entwickelt sich leider wesentlich stärker als die Teuerung, was im neuen Jahr eine enge Begleitung durch die Exekutive und der Leitung der Stadtverwaltung erforderlich macht. Die GRPK erwartet, dass neue Aufgaben nur nach fundierter Überprüfung in Angriff genommen werden. Im Grundsatz ist die vorberatende Kommission mit dem zur Diskussion stehenden Voranschlag einverstanden. Im Rahmen der Detailberatung stelle ich nur zwei Änderungsanträge. Ich beantrage im Namen der GRPK Eintreten auf den VA13“

#### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

#### Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle

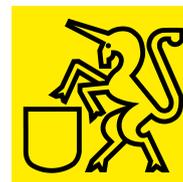
Der Finanzvorstand erklärt aufgrund seiner PowerPoint-Präsentation die Entwicklung folgender Aufwände:

- Personalaufwand
- Sachaufwand
- Sozialaufwendungen
- Zusatzleistungen zur AHV/IV
- Primarschule – Entwicklung Nettoaufwand und Schülerzahlen, sowie Kosten pro Schüler
- Aufwandentwicklung in Bezug auf den Landesindex
- Nettoinvestitionen
- Bruttoüberschuss und Veränderung Verschuldung in der Planperiode

Die Entwicklung der Steuerzahlen zweigt er aufgrund folgender Grafiken:

- Entwicklung Steuern
- Steuerfussbereinigte Steuern (lineare Regression)
- Steuerfussverlauf mit Grundsteuern
- Steuerfussverlauf Kanton (Maximum und Mittel) vs. Dübendorf
- Steuerkraftentwicklung Dübendorf vs. Kanton
- Nettoschuld Dübendorf
- Entwicklung verzinslicher Schulden

Aufgrund der Berechnung von verschiedenen Szenarien zeigt er auf, wie sich unterschiedlich hohe (82, 86 und 92 %) Steuerfüsse mit einer vorsichtigen bzw. grosszügigen Schätzung der Steuereinnahmen auf den Finanzhaushalt der Stadt Dübendorf auswirken werden.



Die Hochrechnung der Zahlen des aktuellen Jahres 2012 zeigt folgendes:

- Die Laufende Rechnung liegt aktuell mit ca. 1'134 Mio. über dem Voranschlag 2012 (Stand Ende August).
- Die Investitionsrechnung wird rund 3 Mio. unter dem Voranschlag 2012 zu liegen kommen (Stand Ende August).
- Steuerertrag aus allen Kategorien beläuft sich Ende August rund 2.4 Mio. über dem Voranschlag 2012.
- Die Grundstückgewinnsteuer liegt 0.5 Mio. über dem Voranschlag 2012.

Der Voranschlag 2013 zeigt folgende Zahlen:

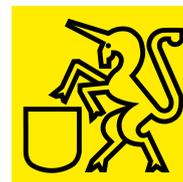
Nettoaufwand:	Fr.	71'439'000.00	( + 3'467 Mio.	gegenüber Vorjahr)
Ertrag	Fr.	71'885'000.00	( + 2'224 Mio.	gegenüber Vorjahr)
	Fr.	6'000'000.00	( + 1'000 Mio.	gegenüber Vorjahr)
Investitionen	Fr.	16'429'000.00	( - 8'583 Mio.	gegenüber Vorjahr)
Nettoergebnis	Fr.	- 892'000.00	(Aufwandüberschuss)	
Verschuldung	Fr.	5'000'0000.00		

Finanzvorstand Martin Bäumle führt folgende Schlussfolgerungen zum Voranschlag 2013 aus:

- Die Wachstumsprognose der Steuererträge 2012 wird optimistischer eingeschätzt als im Vorjahr.
- Es werden Grundstückgewinnsteuern in der Höhe von Fr. 600'000 erwartet.
- Das Basisszenario der Steuererträge ist mit höheren Risiken behaftet als im Vorjahr.  
Der Aufwand aus der Laufenden Rechnung konnte nicht im Rahmen der Finanzplanung gehalten werden und wird trotz Budgetüberarbeitung um rund Fr. 3'467 Mio. markant überschritten.
- Die Investitionsrechnung dürfte ab 2013 wegen Einzelposten stark ansteigen (Bauhof, Alters- und Spitexzentrum, Schulhäuser, Stägenbuck etc.).
- Dank positiver Entwicklung der Einnahmen bleibt der Cashflow gleich erwartet wie im Vorjahr prognostiziert.
- Zielvorgaben des Stadtrates und die Budgetphase für den VA 2013 wirkten nur teilweise aufwanddämpfend.
- Die verzinslichen Schulden werden ansteigen, wobei dies immer noch aus den Vorjahres-Resultaten finanziert werden kann.
- Dübendorf ist finanziell nach positiven Jahren (v.a. 2008 und 2010) immer noch gut aufgestellt und kann eine gewisse Neuverschuldung verkraften.
- Die vorgenommenen Senkenden und Steuerfusses ab 2009 und 2012 bleiben nachhaltig, falls die Steuern, die Investitionsrechnung und vor allem die Laufende Rechnung im Rahmen des Finanzplans bleiben.

Zum Schluss seines Referats zeigt der Finanzvorstand die Ziele des Stadtrates im Finanzplan 2012 – 2016 auf und erklärt dabei auch, welche davon erreicht werden könnten und welche nicht:

1. Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung (möglich).
2. Die Nettoinvestitionen beim politischen Gut betragen nicht mehr als rund Fr. 60 Mio. (nicht möglich).
3. Es wird Kontinuität bei den jährlichen Investitionen angestrebt (nicht möglich).
4. Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 % im 5-Jahresmittel (nicht möglich).
5. Die Verschuldung beträgt am Ende der Legislaturperiode nicht mehr als Fr. 50 Mio. (möglich).
6. Es besteht keine Nettoschuld (möglich).
7. Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses (möglich).



## Allgemeine Diskussion zur Eintretensdebatte

*Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne)*

„Dübendorf erhält 2013 einen aussergewöhnlichen und einmalig hohen Beitrag aus dem Finanzausgleich (plus 3.98, auf total 6.86 Millionen Franken). Ein grosser Teil dieser Erhöhung kam zustande, weil die Gemeinde Rüslikon 2011 von ausserordentlichen Steuereinnahmen profitierte. Der in Rüslikon wohnhafte CEO und Hauptaktionär von Glencore machte durch den Börsengang seiner Firma einen Milliardendeal und zahlte deshalb 360 Millionen Steuern. Rüslikon musste davon 165 Millionen Franken in den kantonalen Finanzausgleich abliefern. Wie andere Gemeinden profitiert auch die Stadt Dübendorf sowie die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach von diesen ausserordentlich hohen Beiträgen in den Finanzausgleich. Der Rohstoffkonzern Glencore hat gerade mit Xstrata zu einem der grössten Rohstoffkonzerne der Welt fusioniert. Tochtergesellschaften von Glencore gerieten in der Vergangenheit mehrfach wegen Steuerhinterziehung, Korruptionsvorwürfen, Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen in Kritik. Bekannt geworden ist z.B. die Glencore Tochterfirma Mopani in Sambia, die trotz rekordhoher Kupferpreise immer Verluste ausgewiesen hat. Sambia, eines der ärmsten Länder der Welt, wurde um Hunderte von Millionen Dollar Steuern betrogen. Dies hat NGO's aus Sambia, Kanada, Frankreich und der Schweiz letztes Jahr dazu bewogen, gegen Glencore eine Klage bei der OECD einzureichen. Glencore hat gegen die OECD-Richtlinien für multinationale Konzerne verstossen. Die buchhalterischen Manipulationen der Firma sind gut durch eine international renommierte Treuhandfirma belegt. Ein Positionspapier der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit stellt dazu fest: «Zerrüttete Institutionen, Umwelterstörung und prekäre Arbeitsbedingungen sind weit verbreitet, während ein sehr grosser Teil des vorhandenen Reichtums in Richtung Finanzplätze und Offshore-Territorien im Ausland abfließt. Dahinter stehen .... Korruption, organisiertes Verbrechen, Steuerflucht lokaler Eliten und Steuervermeidung internationaler Firmen». Praktiken von Glencore verstossen offensichtlich gegen minimale Anforderung von „corporate governance“ und beschränken sich nicht nur auf die Dritte Welt. Glencore hat sogar Beamte der EU-Kommission bestochen, um zu vertraulichen Informationen über Getreide-Auktionen zu kommen und so der Konkurrenz Geschäfte wegzuschnappen. Im Sommer 2012 wurde ein Manager der belgischen Tochtergesellschaft Glencore Grain deshalb zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Auch in der Schweiz ist Glencore alles andere als ein verantwortungsvoller Arbeitgeber. Im Hauptsitz in Baar, wo Glencore das sog. Holding-Privileg genießt und kaum Steuern zahlt, sind rund 600 Personen beschäftigt. Glencore profitiert auch vom Angebot an gut qualifizierten Arbeitskräften in der Agglomeration Zürich-Zug, bietet aber keinen einzigen Ausbildungsplatz für Lehrlinge an. In unserer Region gibt es eine grosse Zahl von kleineren und mittleren Unternehmen welche ihre unternehmerische Verantwortung ernst nehmen, korrekt ihre 20 bis 25 Prozent Steuern zahlen und junge Leute ausbilden. Auch die Stadt Dübendorf ist sich dieser Verantwortung bewusst und nimmt dies in vielen Bereichen aktiv wahr. (Energienstadt, Grüngutverwertung, Submissionsverordnung, Leitbild etc.). Für verschiedene Tochterfirmen von Glencore und die zuständigen Manager in Baar scheint aber unternehmerische Verantwortung ein Fremdwort zu sein. Die SP/Juso/Grüne-Fraktion möchte deshalb ein Zeichen setzen. Im Voranschlag für 2013 ist im Konto 1134 für Hilfsprojekte im In- und Ausland ein Betrag von 100'000 Franken eingestellt. Wir meinen, dieser soll einmalig für das Jahr 2013 auf eine Million erhöht werden. Damit kann unsere Stadt zeigen, dass sie andere Werthaltungen vertritt und gewillt ist, zumindest einen Teil dieser ausserordentlichen Finanzausgleichsbeiträge als Spenden oder für eine aktive Entwicklungszusammenarbeit zu verwenden. Bei Diskussionen mit einigen von euch haben wir gemerkt, dass das keine einfache Angelegenheit ist. Sollte man nicht besser die Machenschaften einer solchen Firma verhindern, anstatt ganz am Schluss Ungerechtigkeiten mit Steuermitteln wieder etwas zu reparieren versuchen? Wie können wir das überhaupt beurteilen, gäbe es nicht andere Firmen, die uns Steuern zahlen und auch nicht ganz sauber sind? Das alles sind Bedenken, die ernst zu nehmen sind. Wir glauben auch nicht, dass wir hier Unrecht zu Recht machen können oder Geschehenes ungeschehen. Aber wir möchten mit dem besonders krassen Fall Glencore ein kleines Zeichen setzen. Um zu zeigen, dass es uns nicht ganz egal ist, woher das Geld für unseren Staatshaushalt kommt. 1 Million Franken entspricht ungefähr einem Drittel der durch den Glencore-





Da die bestehenden Geräte sehr veraltet sind und dringendst ersetzt werden müssen, müsste etwas gemacht werden. Ein 1:1 Ersatz der jetzigen Geräte würde zwischen Fr. 5000 bis Fr. 7000 kosten (inkl. Montage und Netzanschluss). Somit würde eine effektive Einsparung nur Fr. 25'000 bis Fr. 27'000 ausmachen und er fragt sich, ob dies die Sache wert sei. Aus diesem Grund fordere er den Gemeinderat auf, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und die Mediaanlage im Budget zu belassen.

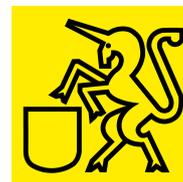
## Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat:

### *Jacqueline Hofer (SVP)*

„Mit grossem Erstaunen und Unverständnis habe ich vom vorliegenden Streichungsantrag über 32/m im Bereich Polizei Kenntnis genommen. Ich möchte aber noch vorausschicken, dass ich anlässlich der Budgetdebatte bereits im Vorfeld der Fraktionssitzung meiner Partei, intern vorsorglich darüber informiert, dass ich mich heutigen Gemeinderatssitzung klar für die Anliegen der Stadtpolizei einsetzen werde, wie ich das bisher immer gemacht habe und auch in Zukunft machen werde. Bei den notwendigen Arbeitsmitteln der Stadtpolizei Dübendorf zu sparen, ist aus meiner Sicht völlig daneben. Ich bin auch davon überzeugt, dass ein Grossteil der Bevölkerung diesen Antrag nicht versteht und erwartet, und dazu gehöre ich auch, dass unsere Polizei, die mittlerweile aus 19 Personen besteht, in ihrer Arbeit zu Gunsten der Stadt Dübendorf und zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages mit den notwendigen, richtigen und geeigneten Arbeitsmitteln für den täglichen Einsatz ausgerüstet werden muss. Das Sicherheitsdispositiv gehört heute zu den allerersten, wenn nicht wichtigsten Aufgaben bei der Organisation eines Grossanlasses (Dorffest) oder bei der Koordination bei Grossereignissen. Ich spreche hier z.B. vom kürzlich sehr starken Unwetter und ganz wichtig von der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Für solche Fälle und für den täglichen Einsatz ist es ausserordentlich wichtig, dass Abläufe, Zuständigkeiten, Szenarien und die gesamte Einsatzplanung effizient und problemlos durchgeführt werden können. Genau darum braucht es die beantragte Medienanlage als entsprechendes notwendiges Führungs-, Kommunikations- und Schulungsmittel. Fakt ist, die aktuellen Präsentationsmittel der Stadtpolizei Dübendorf sind veraltet und müssen dringendst ersetzt werden. Aktuelle Medien können zum heutigen Zeitpunkt nicht genutzt werden, was die Visualisierung sehr umständlich macht und mit viel Zeitaufwand verbunden ist. Dies erschwert nicht nur die Polizeiarbeit vehement sondern auch, alle im Gebäude der Stadtpolizei Dübendorf stattfindenden Besprechungen, Briefings und Schulungen. Wie z.B. die Organisation und Leitung des Dorffestes, die Organisation von Vorbereitungsspielen wie z.B. der Match FCZ/FC Aarau der vor einiger Zeit in Dübendorf stattgefunden hat, Kaderanlässe der Stadt Dübendorf und ganz wichtig gemeinsame Einsatzbesprechungen mit der Kantonspolizei wie auch vieles mehr. Die Medienanlage wäre auch stadintern von grossem Vorteil, den die Stadt Dübendorf verfügt über die gleiche Anlage, was die Zusammenarbeit massiv erleichtern würde. Man hätte die gleiche Ausgangslage und wäre kongruent. Insbesondere bei Geschäftsleitungssitzungen der Stadtverwaltung bei der Stadtpolizei Dübendorf. Die Rahmenbedingungen haben sich verändert. Gerade im heutigen Umfeld, ist es ausserordentlich wichtig, dass wir uns nach den aktuellen Bedürfnissen richten und unserer Stadtpolizei die notwendigen Ressourcen und Arbeitsmittel zur Verfügung zu stellen. Und das ist doch der zentrale Punkt. Es gilt eine zielkonforme Budgetierung umzusetzen, die zum Wohle der Bevölkerung der Stadt Dübendorf beiträgt. Darum bitte ich Sie freundlichst, im Sinne der Sache und einer würdigen Stadt Dübendorf diesen Streichungsantrag klar abzulehnen, und somit eine effiziente und greifende Koordination und Leitung von polizeilichen Einsätzen zu ermöglichen. Herzlichen Dank.“

### *Patrick Angele (SP/JUSO/Grüne)*

Es gehe um relativ wenig Geld wenn man die Höhe des Budgets anschau. Ihm sei jedoch nicht klar, was die Multimediaanlage überhaupt sei. Er fragt Stadtrat André Ingold, was genau er mit dem Geld überhaupt kaufen wolle und für was man es brauche.



## Stellungnahme Stadtrat André Ingold

Er erklärt, dass auch im Sitzungszimmer des Stadtrates eine solche Multimediaanlage installiert sei, die mit dem Netzwerk verbunden sei. Es könne Präsentationen gemacht werden und auf Akten zugegriffen werden, wo man sonst keinen Zugriff habe. Auch Visualisierungen können gemacht werden. Es sei ein Computer in die Anlage eingebaut wie auch ein Overhead-Projektor, wie er bei den Gemeinderatssitzungen zum Einsatz käme. Damit können Pläne visualisiert werden, was nicht anders möglich sei. Die heutige Anlage sei zu wenig im Netz eingebunden, weshalb auch die hohen Kosten für die neue Anlage entstanden.

## Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Konto 1407.3110 Anschaffung Mobiliar, Maschinen, Geräte und Einrichtungen  
Antrag Stadtrat: Fr. 62'000.00 S 14 Stimmen  
Änderungsantrag GRPK: Fr. 30'000.00 S 18 Stimmen

**Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 18 zu 14 Stimmen zugestimmt.**

keine weiteren Anträge zum Kapitel 14 Sicherheit.

15 Entsorgung und Betriebe, Seiten 40 bis 42 Keine Anträge, genehmigt.

16 Soziales, Seiten 42 bis 52

Die GRPK hat einen Änderungsantrag in diesem Bereich.

## GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP)

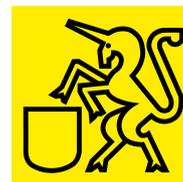
„Die Stadt ist bestrebt, wenn immer möglich Vollkosten bei gemeindenahen oder gebührenfinanzierten Bereichen einzuführen. Seit langem kennen der Abfall- und der Abwasserbereich die Verrechnung von Abschreibungen und Zinsen auf den Anlagekosten. Vollkostenrechnungen gelangen auch zum Einsatz, wo Aufgaben für andere Gemeinden wahrgenommen werden, wie beispielsweise bei Polizei, Betriebsamt oder Zivilstandsamt. Aufgrund der veränderten Vorgaben der neuen Pflegefinanzierung ist eine Vollkostenbetrachtung mit Wirkung ab 1.1.12 auch auf das ASZ ausgedehnt worden. Für den VA13 hat die GRPK die festgelegte Berechnung überprüft und hinterfragt. Dabei machte die Kommission folgende Feststellung: Während die Berechnungsgrundlagen wie angenommene Liegenschafts- und Landwerte mehr oder weniger nachvollziehbar sind, ist die vorberatende Kommission der Ansicht, dass der vom Finanzvorstand festgelegte kalkulatorische Zinssatz von 4 % im heutigen Marktumfeld als klar überhöht einzustufen ist. Die GRPK ist der Auffassung, dass 2 % ausreichen würde. Dieser Satz entspricht nämlich dem aktuellen ZKB Hypothekensatz für eine 10jährige Festhypothek für Eigenheimfinanzierungen. Die beantragte Reduktion ist aber nicht in Stein gemeißelt. Mit der Reduktion für den VA13 regt die GRPK an, dass die involvierten Partner Sozialbehörde und Finanzvorstand im neuen Jahr nochmals den Sachverhalt gemeinsam beurteilen, um eine tragfähige, konsensorientierte Lösung zu suchen.“

## Antrag GRPK:

*Konto 1695.3980 (Spitexzentrum Dübendorf) Pauschale Verrechnung Abschreibungen, Verzinsung und Baurecht Stadt Dübendorf*

Antrag Stadtrat: Fr. 120'000.00 S  
Antrag GRPK Fr. 116'000.00 S (Abweichung: - Fr. 4'000 S)

*Konto 1697.3981 (Vorkosten ASZ) Pauschale Verrechnung Abschreibungen, Verzinsung und Baurecht Stadt Dübendorf*



Antrag Stadtrat: Fr. 934'000.00 S  
Antrag GRPK Fr. 736'000.00 S (Abweichung: - Fr. 198'000 S)

*Konto 1698.3980 (Pflegeabteilung ASZ) Pauschale Verrechnung Abschreibungen, Verzinsung und Baurecht Stadt Dübendorf*

Antrag Stadtrat: Fr. 284'000.00 S  
Antrag GRPK Fr. 231'000.00 S (Abweichung: - Fr. 53'000 S)

*Konto 1699.3980 (Nebenbetriebe ASZ) Pauschale Verrechnung Abschreibungen, Verzinsung und Baurecht Stadt Dübendorf*

Antrag Stadtrat: Fr. 546'000.00 S  
Antrag GRPK Fr. 442'000.00 S (Abweichung: - Fr. 104'000 S)

*Konto 1115.4980 (Liegenschaften VV) Pauschale Verrechnung Abschreibungen, Verzinsung und Baurecht Alters- und Spitexzentrum*

Antrag Stadtrat: Fr. 1'884'000.00 H  
Antrag GRPK Fr. 1'525'000.00 H (Abweichung: - Fr. 359'000 H)

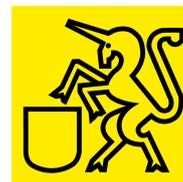
Da der Änderungsantrag der GRPK auch den Bereich 11 Finanzen betrifft, fragt Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber, ob aus dem Rat Einwände gegen eine nochmalige Behandlung dieses Bereichs eingebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

#### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

#### Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle

Der Finanzvorstand führt aus, dass man hier über eine Interne Verrechnung spreche. Darum habe eine Änderung weder eine positive noch eine negative Auswirkung auf das Budget insgesamt. Ebenfalls merkt er an, dass der Gemeinderat die Änderung im Entstehungskonto 1115 vornehmen soll und nicht in den Konten 169x. Darum weil die im 1115 eingestellte Zahl die Basiszahl ist, welche für die Berechnung vorgenommen wurde. Die Aufteilung im Bereich des Alterszentrums ist durch deren Buchhaltung vorzunehmen. Diese sei lediglich eine Kalkulation, um die auf Seiten Dübendorf vorzunehmende Belastung berechnen zu können. Er bitte darum, lediglich über die Basis abzustimmen, nämlich über das Konto 1115.4980 mit Fr. 1'884'000 gemäss Antrag des Stadtrates oder Fr. 1'525'000 gemäss Antrag der GRPK. Er wolle nochmals sagen, dass das Excelsheet, welches für die Berechnung verwendet wurde, keine Verkehrswertschätzung darstelle, sondern lediglich eine Annahme. Die Annahme sei gewesen, das Land mit Fr. 1'000 einzusetzen, welches heute klar keinen Marktwert gleichkomme. Für die Annahme der Gebäudewerte wurden die Beträge aus der Gebäudeversicherungssumme verwendet. Auch diese Zahl habe nichts mit dem Markt- oder Verkehrswert zu tun. Eine Abschreibung über 40 Jahre sei eher unüblich und stellt somit auch keinen Marktwert dar. Und selbstverständlich seien die 4 % auch eine Annahme. Wenn man vom Marktwert ausgehen würde, müsste man Fr. 1'500 für das Land einsetzen und über 35 Jahre abschreiben. Auch die Werte aus der GVZ könnten so nicht verwendet werden. Somit würde man auf eine Verzinsung von 2 % kommen, wie gesagt jedoch unter völlig anderen Voraussetzungen. Die Fr. 1'884'000 sei eine konservative Schätzung. Gemäss seiner Begründung sei dieser Wert näher am Markt als die von der GRPK beantragten Fr. 1'525'000. Er führt ebenfalls aus, dass vor einem Jahr die exakt gleiche Grundlage für die Berechnung verwendet worden. Diese habe keine Frage und keine Kritikpunkte ausgelöst. Dieses Jahr sei jedoch ein Excelsheet in Umlauf geraten, welches das Eigentum des Finanzvorstands sei und somit auch nicht von anderen Personen für eine solche Berechnung hätte verwendet werden sollen. Der Stadtrat halte an seinem Antrag fest. Er weist das Parlament nochmals darauf hin, dass es sich hierbei um eine Interne Verrechnung habe, die keinerlei Auswirkungen auf das Budget haben werde. Das nächste Jahr werde man sich wahrscheinlich nicht mehr mit einer Schätzung begnügen sondern einen externen Auftrag dafür geben.



## Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat

Keine.

## Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Antrag Stadtrat	9	Stimmen
Antrag GRPK	27	Stimmen

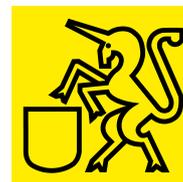
**Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 27 zu 9 Stimmen zugestimmt.**

Ein weiterer Änderungsantrag zum Kapitel 16 Soziales wird von Patrick Walder gestellt.

### *Patrick Walder (SVP)*

„Der Sinn von einem Budget ist, dass der Stadtrat wie auch die Verwaltung die Finanziellen Kompetenzen und die Ausgaben kennen. Ziel von der Laufenden Rechnung ist, dass die Vorgaben des Budgets möglichst genau eingehalten werden. Um ein Budget einhalten zu können, muss ein Controlling existieren. Am besten ein Controlling, welches auf Basis von einzelnen Konten darüber Auskunft gibt, welches Konto gemäss Hochrechnung eventuell überschritten wird oder welches Konto bereits überschritten ist. Etwa so funktioniert auch das Controlling des VRSG, dem Buchhaltungsprogramm der Stadt Dübendorf. Um die Kostenkontrolle im Griff zu haben, ist es wichtig, dass das Budget richtig ist. Richtig ist das Budget dann, wenn im Budget die Kosten der vorgegebenen Rahmenbedingungen berücksichtigt worden sind wie z.B. Gemeinderatsbeschluss und/oder allfällige Kosten möglichst zeitnah eingeschätzt werden. Genau aus diesem Grund behandeln wird das Budget 2013 nicht bereits im März 2012 sondern erst im Dezember 2012, dem letztmöglichen Termin aus Sicht des Rats. Dieses Vorgehen mache natürlich nur dann Sinn, wenn man die Kosten, die man kennt, auch im Budget berücksichtigt. An der Gemeinderatssitzung vom 1. Oktober 2012 hat die Mehrheit vom Rat der Vorlage der Kleinkinderbetreuung zugestimmt. In der Weisung geht der Stadtrat davon aus, dass es im Konto 1607.3650 Fr. 571'000 an Kosten anfallen und in der Kostengruppe 1922 ein Null erzielt werden. In der Budgetbehandlung vom 19. November 2012 hat die GRPK von der Primarschulpflege die neusten Zahlen in diesem Bezug auf diesen Beschluss hin gesehen erhalten und konnte über diese Zahlen diskutieren. In der erwähnten GRPK-Sitzung wurde der Stadtrat angefragt, ob noch ein Antrag an den Gemeinderat eingehe, um diese Zahlen anzupassen. Leider hat sich der Stadtrat nicht bereit gezeigt, einen Änderungsantrag zu Händen des Gemeinderates mit den neusten Zahlen zu unterbreiten. Aus diesem Grund übernehme ich heute die Aufgabe des Stadtrates und beantrage ihnen folgende Änderungen.“

Patrick Walder zeigt eine Aufstellung der beiden betroffenen Konten:



Antrag Budgetänderung Konto 1607.3650			
	Budget	Antrag	Differenz
3650 Beiträge an private Institutionen	371'000.00	258'300.00	112'700.00
3910 Interne Verrechnung	0.00	312'700.00	-312'700.00
<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>371'000.00</b>	<b>571'000.00</b>	<b>-200'000.00</b>

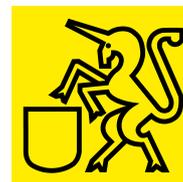
#### Antrag Budgetänderung Kontogruppe 1922

	Budget	Antrag	Differenz
3010 Besoldungen Krippenpersonal	390'000.00	432'000.00	-42'000.00
3030 Sozialleistungen	70'000.00	70'000.00	0.00
3080 Aushilfsentschädigungen Krippe	25'000.00	0.00	25'000.00
3090 Allgemeiner Personalaufwand	3'900.00	3'900.00	0.00
3092 Weiterbildung	4'000.00	4'000.00	0.00
3093 Ausbildung Lernende		3'000.00	-3'000.00
3100 Drucksachen, Publikationen	500.00	500.00	0.00
3102 Schul- und Lehrmaterial	3'000.00		3'000.00
3110 Anschaffung Mobiliar, Geräte	6'000.00	6'000.00	0.00
3130 Betriebs- und Verbrauchsmaterial	2'500.00	2'500.00	0.00
3132 Verbrauchsmaterial, Lebensmittel, Getränke	20'000.00		20'000.00
3150 Unterhalt Mobiliar, Geräte	3'000.00	3'000.00	0.00
3181 Kommunikationsanbieter (Telefon)	1'000.00	1'000.00	0.00
3184 Betreuungskosten	500.00	500.00	0.00
3300 Abschreibungen von unerhältlichen Guthaben		1'000.00	-1'000.00
3650 Beiträge an private Institutionen	600.00	600.00	0.00
3910 Lebensmittel, Getränke		14'200.00	-14'200.00
3911 Infrastrukturkosten		8'500.00	-8'500.00
3912 Miete		25'900.00	-25'900.00
4321 Pensionsgelder Krippe	348'300.00	262'400.00	85'900.00
4360 Rückerstattung Dritter	500.00	500.00	0.00
4369 Rückerstattung Personal	1'000.00	1'000.00	0.00
4910 Interne Verrechnung (Anteil Stadt)		312'700.00	-312'700.00
<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>180'200.00</b>	<b>0.00</b>	<b>180'200.00</b>

„Es ist mir ganz ehrlich gesagt ziemlich egal, ob es bis anhin so gehandhabt wurde, dass das vom Stadtrat abgenommene Budget den aktuellen Gegebenheiten nicht mehr angepasst worden ist. Das aus dem Grund, weil die Anpassung vom Budget mit aktuellen Zahlen vor der Abnahme durch den Gemeinderat das richtige Vorgehen ist. Und nur ein angepasstes Budget, und nur dieses Vorgehen, ist das richtige Vorgehen. Aus meiner Sicht gibt es kein Argument gegen diesen Antrag. Die Kosten und die Kostenverteilung haben sie, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, in der Mehrheit am 1. Oktober 2012 gutgeschrieben. Der Aufwand zur Anpassung des Budgets ist minim und muss von der Verwaltung so oder so vollzogen werden, damit der Beschluss vom 1. Oktober 2012 umgesetzt ist. Eine zahlenmässige Änderung des Budgets haben wir heute Abend unter Konto 1407.3110 ebenfalls bereits beschlossen. Und sagen sie mir einen Grund, wieso in einem Budget nicht die aktuellsten Zahlen berücksichtigt werden sollen. Geschätzte Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass das Budget, welches wir heute Abend verabschieden, bereits offenkundig veraltet ist. Wir können doch nicht mit gutem Gewissen einem Budget zustimmen, welches nachgewiesen gemäss Weisung 86 falsch ist. Gleichzeitig soll mein Referat auch gerade eine Aufforderung zu Handen des Stadtrates sein, seine Praxis zu revidieren. Als Gemeinderat möchte ich heute Abend an der Budgetversammlung über die aktuellsten Zahlen beraten können. Also erwarte ich vom Stadtrat in Zukunft auch einen diesbezüglicher Antrag wenn Änderungen vom Budget vor der Budgetversammlung bekannt sind. Ich bitte sie, meinem Antrag zu folgen. Besten Dank.“

#### Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.



## Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle

Er müsse die Diskussion, welche er bereits in der GRPK geführt habe, nun hier nochmals führen. Er wolle festhalten, dass das Budget korrekt erstellt werde und dass das Controlling funktioniere. Er weise darum sämtliche Vorwürfe, die in diese Richtung gingen, in aller Form zurück. Man habe genauso budgetiert, wie man das immer gemacht habe. Die von Patrick Walder erwähnte Weisung wurde am 1. Oktober 2012 vom Gemeinderat verabschiedet. Das Budget wurde jedoch bereits im September 2012 vom Stadtrat verabschiedet. Logischerweise habe der Stadtrat im Voranschlag abgebildet, was zu diesem Zeitpunkt rechtsgültig gewesen sei. Anders dürfe man dies gar nicht machen. Ansonsten würde man den Vorwurf machen, man würde etwas ins Budget aufnehmen, wozu der Gemeinderat noch nicht ja gesagt habe. So seien gemäss Hochrechnungen Fr. 371'000 im 1607 budgetiert worden und im 1922 rund Fr. - 180'000. Unterdessen sei nun die Weisung bzw. der Kredit verabschiedet worden, welcher eine Schätzung abgebe für das nächste Jahr. Die beiden eingestellten Beträge im 1607 und 1922 ergeben zusammen Fr. 551'000, woraus nur noch eine Abweichung von Fr. 20'000 zu den von Patrick Walder erwähnten Fr. 571'000 resultieren. Der Stadtrat sei auch der Meinung, dass im ersten Jahr wahrscheinlich noch nicht alle Kosten anfallen. Die von Patrick Walder beantragten Änderungen in Konten der Primarschule bringen nichts, da es sich ja eben um eine Schätzung handle. Man ersetze lediglich die eine Schätzung um eine andere. Im Prinzip könne der Gemeinderat machen was er wolle. Der Kredit sei keine Obergrenze und die Kosten die anfallen, müssen sowieso bezahlt werden. Wenn der Gemeinderat jedoch heute dem Antrag von Patrick Walder folge, dann beschliesse er eine Praxisänderung. es würde bedeuten, dass in Zukunft nach Entscheid des Budgets durch den Stadtrat nochmals alle Kontenposten überprüft werden müssten. Der Kanton kenne darunter das Stichwort „Novemberbrief“. Dieser führe meistens nicht zu Minderaufwänden, sondern meistens zu Mehraufwänden. Er erwähnt auch, dass die GRPK keine Möglichkeit mehr hätte, diese Beträge noch ernsthaft zu prüfen, da dafür die notwendige Zeit fehle. Auch erwähnt er den massiven administrativen Aufwand, welcher damit entstehen würde. Er bittet darum, diesen Einzelantrag abzulehnen.

## Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat

### *Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne)*

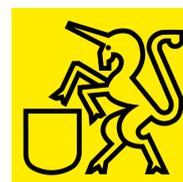
Man habe gehört, dass der Stadtrat nach besten Wissen und Gewissen budgetiert habe. Aber nun sei dieses Budget nicht mehr aktuell und man habe die Möglichkeit, es zu aktualisieren. Sie sei nun in einem Dilemma, da es sich um einen Antrag von einem SVP-Kollege handle. Aber um was gehe es eigentlich in diesem Antrag? Es gehe darum, dass man möglichst präzise budgetiere und mit einem möglichst präzisen Budget seriös mit den Steuergeldern umgehe. Wie bereits erwähnt und auch vom Finanzvorstand bestätigt, sei ein Budget eine Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben. Es sei auch für die GRPK die Grundlage, um später die Rechnung prüfen zu können. Ihrer Meinung nach sei es kein politisches Anliegen, sondern solle das Anliegen von allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sein, möglichst genau zu budgetieren. Für sie und auch für ihre Fraktion sei es klar, ein Budget zu korrigieren, wenn man grössere Abweichungen sehe. Darum werden sie und ihre Fraktion den Antrag von Patrick Walder unterstützen.

### *Theo Johner (BDP/EVP)*

Es sei nicht neu, dass solche Anpassungen nach Abnahme des Budgets durch den Stadtrat gemacht werden. Jedoch sei in der Vergangenheit jeweils bereits ein Antrag des Stadtrates vorgelegen, um die entsprechende Anpassung vorzunehmen. Er sei nicht der Meinung, dass nun ein solch grosser Aufwand gemacht werden müsse. Entweder sei dem Gemeinderat die Differenz wichtig und man beschliesse die Änderung des Budgets oder nicht.

## Abstimmung:

Antrag Stadtrat	11	Stimmen
Antrag GRPK	19	Stimmen



**Dem Änderungsantrag von Patrick Walder wird mit 19 zu 11 Stimmen zugestimmt.**

keine weiteren Anträge zum Kapitel 16 Soziales.

17 Bildung und Jugend, Seiten 52 bis 54

Keine Anträge, genehmigt.

19 Primarschule, Seiten 54 bis 61

Es folgt der zweite Teil des Antrags von Patrick Walder (1. Teil: Konto 1607.3650 und 1607.3910).

*Patrick Walder (SVP)*

„Hier der zweite Teil meines Antrags:“

**Antrag Budgetänderung Konto 1607.3650**

	Budget	Antrag	Differenz
3650 Beiträge an private Institutionen	371'000.00	258'300.00	112'700.00
3910 Interne Verrechnung	0.00	312'700.00	-312'700.00
<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>371'000.00</b>	<b>571'000.00</b>	<b>-200'000.00</b>

**Antrag Budgetänderung Kontogruppe 1922**

	Budget	Antrag	Differenz
3010 Besoldungen Krippenpersonal	390'000.00	432'000.00	-42'000.00
3030 Sozialleistungen	70'000.00	70'000.00	0.00
3080 Aushilfsentschädigungen Krippe	25'000.00	0.00	25'000.00
3090 Allgemeiner Personalaufwand	3'900.00	3'900.00	0.00
3092 Weiterbildung	4'000.00	4'000.00	0.00
3093 Ausbildung Lernende		3'000.00	-3'000.00
3100 Drucksachen, Publikationen	500.00	500.00	0.00
3102 Schul- und Lehrmaterial	3'000.00		3'000.00
3110 Anschaffung Mobiliar, Geräte	6'000.00	6'000.00	0.00
3130 Betriebs- und Verbrauchsmaterial	2'500.00	2'500.00	0.00
3132 Verbrauchsmaterial, Lebensmittel, Getränke	20'000.00		20'000.00
3150 Unterhalt Mobiliar, Geräte	3'000.00	3'000.00	0.00
3181 Kommunikationsanbieter (Telefon)	1'000.00	1'000.00	0.00
3184 Betriebskosten	500.00	500.00	0.00
3300 Abschreibungen von unerhältlichen Guthaben		1'000.00	-1'000.00
3650 Beiträge an private Institutionen	600.00	600.00	0.00
3910 Lebensmittel, Getränke		14'200.00	-14'200.00
3911 Infrastrukturkosten		8'500.00	-8'500.00
3912 Miete		25'900.00	-25'900.00
4321 Pensionsgelder Krippe	348'300.00	262'400.00	85'900.00
4360 Rückerstattung Dritter	500.00	500.00	0.00
4369 Rückerstattung Personal	1'000.00	1'000.00	0.00
4910 Interne Verrechnung (Anteil Stadt)		312'700.00	-312'700.00
<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>180'200.00</b>	<b>0.00</b>	<b>180'200.00</b>

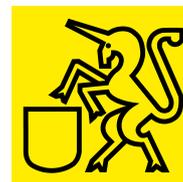
Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat

Keine.

Abstimmung:

Antrag Stadtrat	14	Stimmen
Antrag GRPK	17	Stimmen

**Dem Änderungsantrag von Patrick Walder wird mit 17 zu 14 Stimmen zugestimmt.**



Finanzvorstand Martin Bäumle bittet um das Wort, welches ihm die Ratspräsidentin erteilt.

#### Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle

Er weist darauf hin, dass man nun eine Interne Verrechnung geändert habe, wo er das Gegenkonto nicht sehe. Man habe an den Besoldungen und diversen anderen Konten Änderungen gemacht. Er als Finanzvorstand könne es nicht nachvollziehe, es gehe nicht auf. Wenn man jetzt über Interne Aufwände entscheide, dann müsse man auch ein Gegenkonto dazu haben. Er sei der Meinung, dass das Parlament hier etwas entscheide, über dessen Konsequenzen es sich nicht bewusst sei. Er würde eigentlich ein Rückkommen beantragen, könne dies jedoch nicht als Exekutive.

#### Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat

##### *Patrick Walder (SVP)*

Er zeigt nochmals die einzelnen Konten und verweist auf die beiden Konten 1607.3650 (Aufwand) und 1922.4910 (Ertrag). Diese Konten habe die GRPK vom Stadtrat erhalten. Er habe sie so ergänzt, wie es seiner Ansicht nach finanztechnisch richtig sei.

##### *Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle*

Gemäss Vorlage müsste die Krippe in sich eine schwarze Null geben, was jetzt nicht der Fall sei. Er sagt nochmals, dass dies in der GRPK ein Thema gewesen sei und wenn diese die Änderung gewünscht hätte, dann hätte man dies gemacht. Aber so wie hier der Gemeinderat diese einzelnen Posten ändert sei unseriös.

#### Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat

##### *Bruno Fenner (BDP/EVP)*

Er beantragt Rückkommen. Er sei schon von vornherein skeptisch gewesen. Er könne dem Finanzvorstand folgen, in dieser Art habe man noch keinen Antrag so im Rat gehabt. Nachdem man die Fakten des Finanzvorstands gehört habe, werde er sich – anders als vorher – nicht mehr seiner Stimme enthalten.

#### Abstimmung über den Rückkommensantrag:

Zustimmung Rückkommensantrag	16	Stimmen
Ablehnung Rückkommensantrag	17	Stimmen

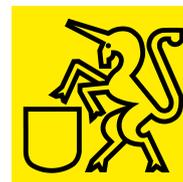
**Der Rückkommensantrag von Bruno Fenner wird mit 16 zu 17 Stimmen abgelehnt. Somit bleiben die beiden Beschlüsse so bestehen.**

keine weiteren Anträge zum Kapitel 19 Primarschule.

#### Zwischenabstimmung über die bereinigte Rechnung

Zustimmung Laufende Rechnung	32	Stimmen
Ablehnung Laufende Rechnung	1	Stimmen

**Der Laufenden Rechnung inklusive der beschlossenen Änderungen wird mit 32 zu 1 Stimmen zugestimmt.**



## **1.b) Investitionsrechnung, Seiten 84 bis 88**

Es gibt keine Änderungsanträge zur Investitionsrechnung.

### Zwischenabstimmung Investitionsrechnung:

Der Gemeinderat stimmt der Investitionsrechnung mit 36 zu 0 Stimmen zu.

## **2. Steuern**

### Referat GRPK Hans-Felix Trachsler (SVP)

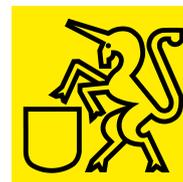
„Die GRPK unterstützt die stadträtliche Politik, wonach der Steuerfuss im Mehrjahresvergleich möglichst konstant sein sollte. Die Rechnungsergebnisse der Stadt Dübendorf waren in den letzten Jahren mehr als nur erfreulich und es gelang, das Fremdkapital markant zu reduzieren. Die aktuelle Verschuldung liegt bei gut 26 Mio. CHF; ein Betrag der seit Jahren nicht mehr so tief war. In den nächsten Jahren stehen bedeutende Investitionsvorhaben auf der Agenda. Noch ist nicht klar, ob alle Projekte gleichzeitig umgesetzt werden können. Bei grösseren Vorhaben sind Verzögerungen nicht auszuschliessen. Die GRPK erachtet es als vertretbar, den Steuerfuss zu belassen, obwohl die finanzpolitischen Ziele des SR im Bereich der Investitionsfinanzierung – es wird ein Selbstfinanzierungsgrad von > 100 % im Mittel der 5jährigen Planperiode angestrebt – nicht erreicht werden. Die tiefe Verschuldung der Stadt erlaubt, einen Teil der anstehenden Investitionen fremd zu finanzieren. Die Kapitalmarktzinsen sind derzeit extrem tief, so dass der zusätzliche Zinsaufwand nicht stark ins Gewicht fällt. Die GRPK beantragt dem GR, dem stadträtlichen Antrag zu folgen.“

### Weitere Anträge / Allgemeine Diskussion:

#### *Patrick Walder (SVP)*

Die SVP-Fraktion beantragt eine Steuerfussreduktion um 3 % auf neu 83 %. Diese Forderung ist nicht neu. In den letzten fünf Jahren habe die SVP bewiesen, dass ihre Argumentation richtig und die Ausrede des Stadtrates falsch sei. Er könne versprechen, dass so lange man mit dem Steuerfuss heruntergehen könne, so lange werde er auch diese Forderung stellen. Und dies aus einem einfachen Grund. Wenn man runter könne, dann müsse man dies auch machen. Bereits den ganzen Abend habe man heute über Geld gesprochen. Er habe immer wieder das Gefühl, dass ein Teil des Gemeinderates nicht bewusst sei, dass man nicht über das eigene Geld spreche sondern über das Geld der Steuerzahler. Man sei als Gemeinderat den Wählern und Steuerzahler verpflichtet. Dies bedeute, dass mit dem Geld sorgsam umzugehen sei und dem Steuerzahler nur so viel abgenommen werde dürfe, wie es für den Betrieb der Stadt Dübendorf auch wirklich benötigt werde. In Art. 24 Abs. 2 im Gemeindegesetz stehe auch, dass die Stadt dazu bestrebt sein müsse, die Steuerquote nicht ansteigen zu lassen. Im Umkehrschluss ist klar, dass wenn Steuern gesenkt werden können, dann müsse man dies auch machen. Zu den Fakten, wieso man mit den Steuern gerade um 3 % heruntergehen müsse. Gemäss Angaben des Stadtrates werden primär die Steuerfussrelevanten Konten 1145.4000 und 1145.4002 zusammen rund Fr. 5.5 Mio. besser abschliessen als budgetiert. Gemäss Hochrechnung wird der Gesamtertrag um mindestens Fr. 3.0 Mio. besser abschliessen als budgetiert. Es würde ihn auch nicht überraschen, wenn dieses Ergebnis noch viel besser ausfallen werde. Er erinnert, dass in Dübendorf 1 Steuerprozent rund Fr. 580'000 entspreche. Gestützt auf die zurückhaltende Schätzung der Mehrerträge von rund Fr. 3.0 Mio. erreiche man rund fünf Steuerprozent. Fünf Steuerprozent welche man in den letzten Jahren den Steuerzahlern zu viel aus der Tasche gezogen habe. Die Argumente bezüglich Standortvorteil, umso tiefere Steuern – umso grösserer Wirtschaftswachstum etc. sprächen für die Annahme seines Antrages. Bevor er zu den Argumenten der Gegner komme, wolle er vorgängig auf vier Punkte eingehen.

1. Die Prognose, dass im nächsten Jahr die Steuereinnahmen viel schlechter ausfallen werden, habe auch in den letzten fünf Jahren jeweils nicht zugetroffen.



2. Dass ein stabiler Steuerfuss ein Standortvorteil sei, hält er nicht für richtig. Es gäbe kein grösseres Unternehmen, welches nicht monatliche Steuerrückstellungen vornehme. Darum seien vor allem diese grösseren Unternehmen bei der Berechnung der Steuerlast sehr flexibel. KMUs seien sowieso immer froh, wenn die Steuerlast so tief wie möglich ist, auch wenn diese nicht für Jahre garantiert sei.
3. „Anstelle der Steuersenkung würde man besser investieren.“ Mit dem Investieren sei er vollkommen einverstanden. Nur habe dies nur einen ganz kleinen Zusammenhang mit dem Steuerfuss.
4. Er widerspricht dem Argument, dass man aufgrund der hohen Investitionen die Steuern nicht senken könne. Denn dieses Argument sei zu einem grossen Teil zusammenhanglos. Für den Steuerfuss sei ausschliesslich die Laufende Rechnung relevant. Diese werde aus der Investitionsrechnung lediglich durch die Abschreibungen und allfälligen Schuldzinsen belastet. Die Belastung durch die Schuldzinsen hänge wiederum davon ab, wie intelligent der Stadtrat mit den Flüssigen Mitteln umgehe.

Er bitte die Gemeinderatsmitglieder, seinem Antrag um Senkung des Steuerfusses um 3 % zuzustimmen.

Auf Anfrage von Ratspräsidentin Stefanie Huber werden keine weiteren Anträge betreffend Steuerfuss aus dem Rat gestellt.

#### Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle

Der Stadtrat halte an seinem Antrag fest. Er habe bei der Eintretensdebatte relativ klar den Finanzplan erläutert. Er hält fest, dass bei einer Steuerfussenkung um 3 % rund Fr. 2.1 Mio. für das nächste Jahre fehlen würden. Er weist darauf hin, dass die Einnahmen aufgrund „Glencore“ ein aufgetriebenes Budget resultiere. Diese Einnahmen seien jedoch einmalig und nicht wiederkehrend. Aufgrund der vorgenommenen Änderungen in der Laufenden Rechnung sei das jetzige Budget um Fr. 30'000 höher als die vom Stadtrat eingereichte Variante. Er weist darauf hin, dass die erwarteten Zahlen für den Steuerabschluss des Jahres 2012 lediglich eine Hochrechnung sei. Ein stabiler Steuerfuss sei für Unternehmungen immer etwas Wesentliches. Die meisten Unternehmungen hätten ausserdem ganz andere Faktoren bei der Wahl ihres Sitzes als den Steuerfuss. Die Konsequenz, wenn diese Steuerfussenkung angenommen werde sei, dass der Stadtrat dies als Auftrag verstehen würde, die Investitionsrechnung und auch die Laufende Rechnung entsprechend zu kürzen. Er weist darauf hin, dass die Investitionsrechnung sehr wohl Einfluss habe auf die Höhe des benötigten Steuerfusses. Auch erklärt er, dass der Selbstfinanzierungsgrad im nächsten Jahr nicht bei 100 % sei und somit auch nicht alle Investitionen selbst finanziert werden können. Ebenfalls führt er aus, dass der Stadtrat eine Steuerfussenkung selbst beantragen würde, wenn er dies als nachhaltig ansehen würde. Da dies jedoch für den Voranschlag 2013 nicht zutrefe, bitte er, diesen Einzelantrag abzulehnen.

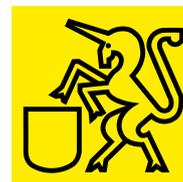
#### Stellungnahme Mitglieder Gemeinderat

##### *Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne)*

Er hätte Patrick Walder mehr Wissen über die Gemeindefinanzern zugetraut. Das Argument, man müsse den Steuerfuss senken wenn man dies könne, sei völlig absurd. Denn wenn man den Steuerfuss senke, dann zahle dies irgendjemand. Meistens sei dies auch die Bevölkerung, jedoch nicht unbedingt der Steuerzahler. Entweder müssten die Gebühren erhöht werden, es gehe auf die Kosten des Personals etc. Auch das Argument, es geben keinen Zusammenhang zwischen der Laufenden Rechnung, der Investitionsrechnung und der Verschuldung sei absurd. Martin Bäumle habe dies vorhin bereits richtig erläutert. Er bitte den Gemeinderat somit, dem Antrag nicht zu folgen.

##### *Orlando Wyss (SVP)*

Er gehöre zu denjenigen, der schon länger im Rat sei. Und er habe ein Déjà-vu, wenn er die Folien und die Argumente des Finanzvorstandes höre bzw. sehe. Auch das Argument der steigenden und



sinkenden Steuerfüsse habe er bereits schon gehört. Er weist darauf hin, dass der Steuerfuss in den vergangenen dreizehn Jahren nie hatte müssen erhöht werden. Man habe ihn kontinuierlich senken können. Dies sei jedoch immer nur auf Druck der SVP erfolgt. Es sei Geld, das dem Steuerzahler gehöre. Und wenn man dieses Geld nicht brauche, müsse man es auch dem Steuerzahler belassen. Man solle nicht alles glauben, was der Finanzvorstand erzähle. In den letzten Jahren habe man bewiesen, dass seine Zahlen eher pessimistisch sind. Er bittet, mit dem Geld der Steuerzahler vorsichtig umzugehen und den Antrag der Steuersenkung um 3 % zu folgen. Er könne versichern, dass dieser Steuerfuss nachhaltig sei.

Ausgehend von einem Steuerertrag von Fr. 58'000'000 zu 100 % wird über die beiden Steuerfüsse abgestimmt.

### Zwischenabstimmung Änderungsantrag Steuerfuss

Zustimmung zum Antrag des Stadtrates und der GRPK mit einem Steuerfuss von 86 %	24	Stimmen
Zustimmung zum Antrag von Patrick Walder mit einem Steuerfuss von 83 %	12	Stimmen

Der Gemeinderat hat dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 24 zu 12 Stimmen zugestimmt.

### Schlussabstimmung Steuerfuss

Zustimmung zum Antrag des Stadtrates und der GRPK mit einem Steuerfuss von 86 %	36	Stimmen
Ablehnung des Antrags des Stadtrates und der GRPK mit einem Steuerfuss von 86 %	0	Stimmen

Der Gemeinderat hat für die politische Gemeinde einen Steuerfuss von 86 Prozent festgelegt.

### Schlussabstimmung Voranschlag 2013

Zustimmung zum Voranschlag 2013 (inkl. Änderungen in der Laufenden Rechnung / Investitionsrechnung) und einem Steuerfuss von 86 %	36	Stimmen
---	----	---------

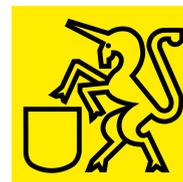
Ablehnung des Voranschlags 2013 (inkl. Änderungen in der Laufenden Rechnung / Investitionsrechnung) und einem Steuerfuss von 86 %	0	Stimmen
---	---	---------

Der Gemeinderat stimmt dem geänderten Voranschlag 2013 mit einem Steuerfuss von 86 Prozent mit 36 zu 0 Stimmen zu.

### Beschluss:

Der Gemeinderat **beschliesst:**

- den Voranschlag 2013 des Politischen Gutes mit folgender Änderung in der Laufenden Rechnung zu genehmigen:  
*Konto 1115.4980 (Alters- und Spitexzentrum) Pauschale Verrechnung Abschreibungen, Zinsen und Baurecht:*  
Reduktion von Fr. 1'884'000.00 auf neu Fr. 1'525'000.00  
*Konto 1407.3110 (Stadtpolizei) Anschaffungen Mobiliar, Maschinen, Geräte, Einrichtungen:*  
Reduktion von Fr. 62'000.00 auf neu Fr. 30'000.00  
*Konto 1607.3650 (Übrige soziale Wohlfahrt) Beiträge an private Institutionen:*  
Reduktion von Fr. 371'000.00 auf neu Fr. 258'300.00  
*Konto 1607.3910 (Übrige soziale Wohlfahrt) Interne Verrechnung:*



Erhöhung von Fr. 0.00 auf neu Fr. 312'700.00

*Konti 1695.3980 (Spitexzentrum Dübendorf) Pauschale Verrechnung Abschreibungen, Zinsen und Baurecht:*

Reduktion von Fr. 120'000.00 auf neu Fr. 116'000.00

*Konti 1697.3981 (Vorkosten Alters- und Spitexzentrum) Pauschale Verrechnung Abschreibungen, Zinsen und Baurecht:*

Reduktion von Fr. 934'000.00 auf neu Fr. 736'000.00

*Konti 1698.3800 (Pflegeabteilung Alters- und Spitexzentrum) Pauschale Verrechnung Abschreibungen, Zinsen und Baurecht:*

Reduktion von Fr. 284'000.00 auf neu Fr. 231'000.00

*Konti 1699.3980 (Nebenbetriebe Alters- und Spitexzentrum) Pauschale Verrechnung Abschreibungen, Zinsen und Baurecht:*

Reduktion von Fr. 546'000.00 auf neu Fr. 442'000.00

*Konto 1922.3010 (Tagesbetreuung Krippe) Besoldungen Krippenpersonal*

Erhöhung von Fr. 390'000.00 auf neu Fr. 432'000.00

*Konto 1922.3080 (Tagesbetreuung Krippe) Aushilfsentschädigungen Krippe*

Reduktion von Fr. 25'000.00 auf neu Fr. 0.00

*Konto 1922.3093 (Tagesbetreuung Krippe) Ausbildung Lernende*

Erhöhung von Fr. 0.00 auf neu Fr. 3'000.00

*Konto 1922.3102 (Tagesbetreuung Krippe) Schul- und Lehrmaterial*

Reduktion von Fr. 3'000.00 auf neu Fr. 0.00

*Konto 1922.3132 (Tagesbetreuung Krippe) Verbrauchsmaterial, Lebensmittel, Getränke*

Reduktion von Fr. 20'000.00 auf neu Fr. 0.00

*Konto 1922.3300 (Tagesbetreuung Krippe) Abschreibungen von unerhältlichen Guthaben*

Erhöhung von Fr. 0.00 auf neu Fr. 1'000.00

*Konto 1922.3910 (Tagesbetreuung Krippe) Lebensmittel, Getränke*

Erhöhung von Fr. 0.00 auf neu Fr. 14'200.00

*Konto 1922.3911 (Tagesbetreuung Krippe) Infrastrukturkosten*

Erhöhung von Fr. 0.00 auf neu Fr. 8'500.00

*Konto 1922.3912 (Tagesbetreuung Krippe) Miete*

Erhöhung von Fr. 0.00 auf neu Fr. 25'900.00

*Konto 1922.4321 (Tagesbetreuung Krippe) Pensionsgelder Krippe*

Reduktion von Fr. 348'300.00 auf neu Fr. 262'400.00

*Konto 1922.4910 (Tagesbetreuung Krippe) Interne Verrechnung (Anteil Stadt)*

2. eine Steuer für die Politische Gemeinde von 86 % zu erheben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Steuerertrages zu 100 % von 58'000'000 Franken
  
3. den Stadtrat zu ermächtigen, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.



## **Einwände gegen die Verhandlungsführung**

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf § 151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

---

Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr

---

Für die Richtigkeit

Beatrix Peterhans  
Gemeinderatssekretärin

## **Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Stefanie Huber  
Gemeinderatspräsidentin

Jacqueline Hofer  
Stimmzählerin

Benedikt Stockmann  
Stimmzähler

Andreas Sturzenegger  
Stimmzähler